

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- Überweisungsvorschlag:  
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)  
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- ZP 2 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)
- zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Stübgen, Gunther Krichbaum, Thomas Bareiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Axel Schäfer (Bochum), Dr. Lale Akgün, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
- Die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Christian Ahrendt, Michael Link (Heilbronn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Mehr Ehrgeiz für die deutsche Ratspräsidentschaft – eine EU der Erfolge für die Bürger**
- zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Alexander Ulrich, Dr. Hakki Keskin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
- zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2006 in Brüssel und zur bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Ratspräsidentschaft für eine zukunftsfähige EU nutzen**
- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
- Präsidentschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007 – Europa gelingt gemeinsam**
- Drucksachen 16/3808, 16/3832, 16/3796, 16/3327, 16/3680, 16/4453 –
- Berichterstattung:  
 Abgeordnete Gunther Krichbaum  
 Axel Schäfer (Bochum)  
 Markus Löning  
 Dr. Diether Dehm  
 Rainer Steenblock
- ZP 3 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- (B)
- Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b sowie die Zusatzpunkte 2 und 3 auf:
- 4 a) Abgabe einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin
- zum Europäischen Rat in Brüssel am 8./9. März 2007**
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jürgen Trittin, Rainer Steenblock, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- EU-Frühjahrgipfel nutzen – Klimawandel bremsen und Energiewende vorantreiben**
- Drucksache 16/4428 –
- (C)
- (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) ordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Berliner Erklärung – Werte und Aufgaben der EU im 21. Jahrhundert**

– Drucksachen 16/4171, 16/4448 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Michael Stübgen

Axel Schäfer (Bochum)

Markus Löning

Dr. Diether Dehm

Rainer Steenblock

Zur Regierungserklärung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinhalb Stunden vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute als Vorsitzende des Europäischen Rates zu Ihnen sprechen zu können. Wir haben uns als Bundesregierung – der Ratssitzung in der nächsten Woche, über die wir heute sprechen, sind ja viele Einzelräte vorausgegangen – sehr gut auf diese Präsidentschaft vorbereitet.

(B)

Sie wissen, dass in die deutsche Präsidentschaft der 50. Jahrestag der Römischen Verträge fällt. Ich glaube, wir können sagen: Wie 1957 steht die Europäische Union auch heute wieder an einer wichtigen Weggabelung, allerdings unter völlig veränderten Rahmenbedingungen. Damals, vor 50 Jahren, ging es um den Wiederaufbau Europas, um die Schaffung tragfähiger Grundlagen für einen beginnenden Wohlstand. Heute geht es darum, die bisher versäumten oder nur halb vollzogenen Anpassungen der Europäischen Union an ihre neue Größe auf der einen Seite und eine völlig veränderte Weltlage auf der anderen Seite vorzunehmen.

Die Bundesregierung stellt sich mit der Aufgabe der Ratspräsidentschaft dieser Verantwortung. Wir wollen das europäische Projekt vorantreiben. Die Menschen – das ist unser Ziel – sollen die Europäische Union als hilfreich empfinden. Dafür ist notwendig, dass die Europäische Union und das, was in ihr geschieht, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dabei ist klar: Nur wenn Europa wirtschaftlich erfolgreich ist, wird es seine Werte und auch sein Lebensmodell behaupten können und weiter dafür werben können. Wir wissen, die Welt wartet nicht auf Europa. Andere Weltregionen – das ist das Zeichen der Globalisierung – entwickeln sich zum Teil in geradezu atemberaubendem Tempo. Viele Länder auf der Welt streben heute danach,

auch für ihre Menschen mehr Wohlstand und bessere Lebensbedingungen zu erreichen. (C)

Wirtschaftlicher Erfolg – das wissen wir – ist kein Wert an sich, sondern er soll den Menschen dienen, möglichst allen Menschen; er soll ihnen Lebenschancen eröffnen. Das ist für uns das Credo, wie wir es in Deutschland nennen, für die **soziale Marktwirtschaft**. Europa hat – ich glaube, daran gibt es keinen Zweifel – durch die Schaffung des Binnenmarktes bereits erfolgreiche Wirtschaftsgeschichte geschrieben. Es gibt für mich auch keinen Zweifel daran, dass Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft ganz wesentlich von diesem Binnenmarkt profitiert. Wichtig ist, dass diese Früchte auch denen zugutekommen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union; das gilt aber auch für unsere Fähigkeit, außerhalb der europäischen Grenzen Hilfe und Unterstützung zu leisten.

Europa steht für eine Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Ausgleich. Aber wir spüren, dass dieses Modell, das viele Jahrzehnte funktioniert hat, durch die Globalisierung unter einen neuen Druck geraten ist. Wir müssen schauen, wie wir darauf reagieren. Wir müssen uns fragen: Wohlstand für alle – was heißt das, und was braucht es dazu im 21. Jahrhundert?

Ich glaube, es ist klar, dass für die Erreichung dieser Ziele zunächst einmal **Wachstum** notwendig ist, Wachstum in einer ganz ausgeprägten Dimension: qualitatives Wachstum, aber an vielen Stellen auch quantitatives Wachstum. Ohne Wachstum wird es nicht möglich sein, den Wohlstand zu erhalten; es wird so auch nicht möglich sein, Solidarität zu üben. Damit Solidarität und Gemeinsinn auch im 21. Jahrhundert für die Menschen weiter spürbar sind, müssen wir alles daransetzen, eine leistungsfähige Gesellschaft in der Europäischen Union zu bleiben. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie wissen, dass der Frühjahrsrat, der nächste Woche am 8. und 9. März stattfindet, traditionell als Schwerpunkt die Frage der wirtschaftlichen Dynamik und der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit** Europas auf der Tagesordnung hat. Dabei ist für uns klar: Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts sind gleichrangige Ziele, die sich gegenseitig bedingen. Das ist unser Verständnis von Reformpolitik, und das ist auch unser Verständnis von dem, was wir „europäisches Sozialmodell“ nennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Sozialmodell ist nicht überall auf der Welt akzeptiert. Europa muss dafür kämpfen, dieses Modell als wettbewerbsfähiges, erfolgreiches Modell durchzusetzen, und die dafür notwendigen Standards setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun wissen wir, dass für den Erfolg dieser Strategie ganz wesentlich die Mitgliedstaaten Verantwortung tragen. Genau deshalb diskutieren wir bei uns zu Hause über umfangreiche Reformvorhaben. Natürlich müssen

## Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) durch die Rahmenbedingungen, die von der Europäischen Union, also von Brüssel, gesetzt werden, diese Anstrengungen unterstützt werden. Deshalb haben wir auch ganz bestimmte Schwerpunkte im Rahmen der Lissabonstrategie für den diesjährigen Frühjahrsrat vorgesehen. Dazu gehören die Fragen des sozialen Zusammenhalts; dazu gehören die Energiepolitik und der Klimaschutz; dazu gehören der Ausbau und die Vervollkommnung des Binnenmarkts sowie mehr Flexibilität durch Bürokratieabbau. Das sind die Schwerpunkte des diesjährigen Frühjahrsrats.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Kommission kann darauf verweisen, dass sie die im Rahmen der **Lissabonstrategie** angesetzten Vorhaben bereits zu 75 Prozent umgesetzt hat. Die Ziele der Lissabonstrategie zu erreichen, beruht auf einer Mischung von nationalen und europäischen Anstrengungen. Aber wir wissen natürlich auch, dass wir von der Zielsetzung der Lissabonstrategie, nämlich der dynamischste, kreativste und wachstumsfreundlichste Kontinent der Welt zu werden, noch ein ganzes Stück entfernt sind. Das heißt, es bleibt noch einiges zu tun.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das kann man so sagen!)

Wir haben aber – auch das soll einmal erwähnt werden – Fortschritte erzielt. Eine Studie aus jüngster Zeit von Allianz und der Denkfabrik „Lisbon Council“ hat ergeben, dass Schweden, Belgien, Deutschland und Großbritannien in der Produktivität die USA eingeholt haben. Wir wissen alle um die Relativität solcher Studien. Aber ich glaube, dieses Ergebnis macht Mut gerade für weitere Reformschritte.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Zahlen belegen es: Die wirtschaftliche Dynamik in Europa hat sich insgesamt verstärkt. Nach 1,7 Prozent Wachstum im Jahre 2005 hatten wir im letzten Jahr 2,8 Prozent Wachstum. Die Arbeitslosenquote – für viele Menschen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen am wichtigsten – wird von 8,8 Prozent im Jahre 2005 auf voraussichtlich 7,3 Prozent im Jahre 2008 sinken.

Wir wissen, dass Deutschland in diesem europäischen Konzert eine ganz wesentliche Rolle spielt. Die gestrigen **Arbeitsmarktzahlen** zeigen – ohne dass ich sie jetzt überbewerten will –, dass wir auf einem richtigen Weg sind. Wir können uns natürlich mit einer Arbeitslosenzahl über 4 Millionen nicht abfinden. Wir können aber sagen, dass gegenüber dem Vorjahr sehr große Fortschritte erzielt worden sind. Darauf müssen wir aufbauen und da müssen wir weitermachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir wissen, dass der Abbau überflüssiger **Bürokratie** ganz wesentlichen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben kann. Die Europäische Kommission hat sich vorgenommen, bis 2011 die Bürokratielasten für die Unternehmen um 25 Prozent zu senken. Das bedeutet nach Aussage der Europäischen Kommission eine Möglichkeit für zusätzliches Wirtschaftswachstum in Höhe von etwa 1,5 Prozent. Dieser Weg lohnt sich also. Ich be-

grüße deshalb dieses Abbauziel. Ich hoffe, wir können das auf dem Rat nächste Woche vereinbaren. Wir haben gestern im Kabinett beschlossen, dass die Bürokratie in Deutschland um etwa 25 Prozent bei den Statistik- und Berichtspflichten abgebaut werden soll. Ich glaube, das ist ein gutes, nationales, komplementäres Ziel, mit dem wir dann auch in Europa entsprechende Veränderungen einfordern können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch lächerlich!)

Wir bekennen uns dazu, dass wir einen Ordnungsrahmen für die wirtschaftliche Entwicklung brauchen, aber einen Ordnungsrahmen, der freiheitliche Spielräume eröffnet und ermöglicht. Deshalb ist für uns auch ein Schwerpunkt innerhalb dieses Jahres ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde, für den wir uns ganz massiv einsetzen werden. Denn wir wissen, dass von einer **Liberalisierung des Welthandels** sowohl die Europäische Union als auch ganz besonders der Exportweltmeister Deutschland profitieren können. Wir wissen aber auch, dass wir mit fairem Welthandel den Entwicklungsländern in ganz besonderer Weise helfen. Es gibt also eine große Dringlichkeit, hier voranzukommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen die Anstrengungen für einen freien Welthandel ergänzen – ich sage das ganz ausdrücklich, weil es manchmal durcheinandergebracht wird – um eine engere **transatlantische Wirtschaftspartnerschaft**. Hier geht es nicht um Zölle und tarifliche Hindernisse, sondern darum, dass wir bei den Regelungsnormen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika mehr Harmonisierung beim Schutz des geistigen Eigentums, bei Finanzmarktvorschriften und bei Standards für Industrieprodukte erreichen. Wir glauben, dass wir auf diesem Weg erhebliche Spielräume freisetzen können, die wir dann wieder für Innovation und Kreativität verwenden können. Wir wissen, angesichts des Wettbewerbs mit China und Indien ist das dringend erforderlich. Ich freue mich, dass es gute Anzeichen dafür gibt, dass wir genau dies auf dem nächsten Europäischen Rat vereinbaren können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eine solche transatlantische Wirtschaftspartnerschaft wird auch Gegenstand des EU-Amerika-Gipfels Ende April sein, auf dem wir dieses Projekt vorantreiben wollen.

Meine Damen und Herren, wir wissen, zu einer sicheren wirtschaftlichen Zukunft gehört ganz wesentlich eine **sichere Energieversorgung**. Das heißt, wir brauchen verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Energie. Dazu gehört natürlich in unmittelbarem Zusammenhang das Thema Klimaschutz. Beides sind ganz wesentliche Wachstumsmotoren. Deshalb wird dies einer der Schwerpunkte auf dem nächsten Europäischen Rat sein. Wir werden, wenn die Beratungen erfolgreich sind, eine strategische Grundlage für eine wettbewerbsfähige, kli-

(C)

(D)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) maverträgliche und sichere Energieversorgung schaffen, die die Voraussetzung dafür ist, dass sich die Europäische Union auch weiter vernünftig entwickeln kann.

Wir sollten uns einmal vor Augen führen, vor welcher Herausforderung wir beim **Klimaschutz** stehen, wenn wir die internationalen und wissenschaftlichen Berichte, die wir hören, wirklich ernst nehmen. Wenn wir weitermachen wie bisher, dann werden die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 weltweit um 55 Prozent gestiegen sein. Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass das erhebliche Folgen hat. Ich frage: Wollen wir die Augen davor verschließen, dass wir in den letzten zwölf Jahren elf der wärmsten Jahre seit der Wetteraufzeichnung hatten? Wollen wir einfach hinnehmen, dass der Meeresspiegel steigen wird und Städte wie Amsterdam, Venedig, Kairo und Bombay damit in Gefahr geraten? Wollen wir hinnehmen, dass wir völlig unbekannte Wetterphänomene haben, und zwar, wie für Mitte dieses Jahrhunderts vorausgesagt wird, Tropennächte in der Harzregion? – Ich glaube, wir können dem nicht tatenlos zusehen, zumal wir aus dem Stern-Report wissen, welche wirtschaftlichen Kosten sich aus dem Nichthandeln ergeben. Deshalb ist es Zeit, zu handeln, und deshalb muss gehandelt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir haben diese Diskussion im vorigen Jahr auf dem Frühjahrsrat unter dem Thema Energie, aber auch unter dem Thema Klimaschutz begonnen. Die Kommission hat darauf mit ihren Vorschlägen zu einem integrierten Konzept reagiert. Das ist ein qualitativer Schritt nach vorne. Es ist jetzt Aufgabe des Rates, dieses integrierte Konzept zu unterstützen.

Es gibt ambitionierte Klimaschutzziele. Ich bekenne mich zu dem Vorschlag – ich freue mich, dass auch der Umwelt- und der Energierat das gemacht haben –, die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union bis zum Jahre 2020 um 20 Prozent zu senken. Wenn noch andere internationale Player dabei sind, werden wir auch eine 30-Prozent-Senkung ins Auge fassen.

Ich möchte hier aber nicht verschweigen, dass das ein wirklich ehrgeiziges Ziel ist. Ich will Folgendes vor Augen führen: Das **Kiotoprotokoll** verlangt von der Europäischen Union, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1990 und 2012, also in 22 Jahren, um 8 Prozent gesenkt werden. Das, wozu wir uns jetzt verpflichten, bedeutet, dass wir zwischen 2012 und 2020, also in acht Jahren, noch einmal um 12 Prozent senken. Wir haben heute, zu Beginn des Jahres 2007, in der Europäischen Union von der vereinbarten 8-Prozent-Senkung 1,2 Prozent erreicht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Rahmen des Kiotoprotokolls verpflichtet – obwohl wir nur 20 Prozent der Einwohner und ein Viertel der Emissionen in der Europäischen Union haben –, 75 Prozent der Reduktionsverpflichtung zu übernehmen, weil wir natürlich durch die deutsche Einheit einen gewissen Startvorteil hatten. Das wird in der nächsten Periode so nicht

- (C) mehr gehen. – Damit habe ich die Dimension dessen beschrieben, wozu sich die Europäische Union verpflichten möchte.

Ich sage ganz klar: Wir werden in der Phase bis 2020 den Beweis erbringen müssen – wir wollen das auch –, dass Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt und Strategien entwickelt werden können, die sowohl Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze als auch einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt ermöglichen. Das ist die große Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Deshalb finde ich es richtig, dass die Kommission es nicht bei der Definition des Ziels belassen hat, sondern dass sie auch ehrgeizige Ziele formuliert hat, die den Weg beschreiben, wie man dort hinkommen kann.

Ein Schlüssel ist die **Energieeffizienz**, das heißt die Frage, wie wir das Gleiche mit weniger Energieverbrauch erreichen können. Hier haben wir in der Bundesregierung, unterstützt vom Deutschen Bundestag, mit dem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm neue Wege beschritten. Ich will aber darauf hinweisen, dass das, was wir in diesem Rahmen an Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen, um ein Vielfaches übertroffen werden muss, wenn wir die Gesamtziele erreichen wollen. Wir werden mit unserem CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ungefähr 1 Million Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Gemessen an der notwendigen Gesamtmenge ist das zwar ein richtiger Schritt; das reicht aber bei Weitem nicht aus.

(D) Es ist daher richtig und wichtig, dass wir ganz wesentlich in Technologieforschung, in Energieeffizienzforschung investieren. Dem dient auf nationaler Ebene natürlich die Hightechstrategie und dem dient innerhalb der Europäischen Union das siebte Rahmenforschungsprogramm. Noch nie in der Geschichte der Europäischen Union hat es ein so umfangreiches Forschungsprogramm gegeben. Dieses Forschungsprogramm muss sich natürlich mit der gesamten Breite der Emissionen von Treibhausgasen beschäftigen. Hierzu gehören neben den erneuerbaren Energien, die ein großer Schwerpunkt sind, auch **emissionsarme Kohletechnologien** mit Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff. Das ist ein ganz neues Feld. Die Europäische Union will bis 2015 zwölf Demonstrationsanlagen errichten. Vattenfall hat hier in Brandenburg mit der Planung der ersten Anlage begonnen. Man muss wissen: Durch eine CO<sub>2</sub>-Abscheidung erniedrigt sich der Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke. Genau an dem Punkt muss geforscht werden. Die Fragen der Speicherung – ich sage hinzu: später auch der Verwendung des CO<sub>2</sub> – sind völlig ungelöste technische Probleme, aber auch sehr spannende Fragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen daran arbeiten – das ist ein unglaublich ehrgeiziges Ziel –, dass solche Kohlenstoffabscheidungstechnologien in großem Maßstab bis 2020 auf dem Markt sind.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Wir brauchen emissionsarme Fahrzeuge und sogenannte Plus-Energiehäuser, also Häuser, mit denen mehr Energie erzeugt als verbraucht wird.

Ich will noch kurz etwas zu der **Fahrzeugg Diskussion** sagen, weil das Thema aus meiner Sicht in der Öffentlichkeit zum Teil verzerrt diskutiert wurde. Die Bundesregierung unterstützt das Ziel, bis 2012 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 120 Gramm pro Kilometer im Durchschnitt der europäischen Autoflotte zu senken, auf 130 Gramm durch Technologie und dann auf 120 Gramm durch die Beimischung von 10 Prozent Biokraftstoffen. Darüber herrscht auch Einverständnis. Wir legen aber Wert darauf, dass diese Werte nicht pro Hersteller erreicht werden müssen, sondern dass dies ein Flottenmittelverbrauch ist. Es ist uns gelungen, dass die Kommission das akzeptiert hat. Das heißt nicht, dass die technischen Anstrengungen für die großen Fahrzeuge nicht genauso groß sein müssen wie für andere.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Die müssen sich mehr anstrengen!)

Das heißt aber, dass auch diejenigen, die schon heute weniger als 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen, die Verpflichtung haben, technologische Verbesserungen durchzusetzen, damit der Durchschnitt sinkt. Das gilt für jeden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Die Europäische Union ist schon heute weltweit führend im Bereich der Technologie für erneuerbare Energien. Bei der **Windenergie** haben wir – darauf können wir stolz sein – einen Weltmarktanteil von 60 Prozent.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir, ja?)

– Es macht richtig Eindruck in China und Indien, wenn wir uns jetzt in diesem Hause darüber streiten, wer nun „wir“ ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Freuen wir uns jetzt doch gemeinsam darüber, dass wir bei der Windenergie einen Weltmarktanteil von 60 Prozent haben. Ob das nun ein Gesetz war, das noch von dem Kollegen Austermann, der heute in Schleswig-Holstein Minister ist, gemacht wurde, oder ob es von den Nachfolgern gemacht wurde: Tatsache ist, wir sind erfolgreich. Darüber freuen wir uns jetzt einfach mal zehn Sekunden lang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dirk Niebel [FDP])

Um das alles durchsetzen zu können, müssen wir im Übrigen den Wettbewerbsgedanken in Europa stärken, das heißt den Binnenmarkt im Strom- und Gasbereich durchsetzen. Wir erleben gerade in diesen Tagen wieder, dass das gar nicht so einfach ist.

Wenn die Sitzung des Europäischen Rats in der nächsten Woche erfolgreich ist, werden wir einen **Energieaktionsplan** verabschieden. Das wird die erste gemeinsame, über Jahre hinaus verpflichtende europäische

Antwort auf die Herausforderungen der Energiepolitik sein. Ich finde, das ist ein wichtiger und guter Schritt. (C)

(Beifall der Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD])

Wenn wir die Klimaschutzziele so vereinbaren, wie wir es jetzt vorhaben, dann werden wir für unsere G-8-Präsidentschaft sowie die Gespräche auf dem EU-Amerika-Gipfel und auf dem EU-Russland-Gipfel die Voraussetzung dafür haben, dass Europa Vorreiter wird und damit im Bereich Klimaschutz beispielgebend ist.

Ich will hinzufügen: Ich weiß, dass in der Europäischen Union nur 15 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestoßen werden. Es ist klar, dass Europa es nicht allein schaffen wird – deshalb muss es gelingen, andere zu überzeugen –, das Klimaproblem zu lösen. Für mich ist aber auch klar: Wenn wir in Europa zeigen können, dass Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit, Ökonomie und Ökologie, keine Gegensätze sind, dann wird uns das die Technologieführerschaft, die Innovationsführerschaft auf diesem Gebiet einbringen. Damit zeigen wir gleichzeitig, dass wir unserer Verantwortung für die Welt gerecht werden. Diese Chance sollte Europa nutzen. Damit können wir bei den anderen werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir alle wissen: Europa reduziert sich nicht auf Richtlinien, Beschlüsse über Milchkuhe, Olivenhaine und Chemikalien. Die Fähigkeit der 27 Mitgliedstaaten, sich in Einzelfragen immer wieder auf Kompromisse zu einigen, beruht auf der Tatsache, dass uns ein gemeinsames Verständnis, ein **gemeinsames Wertefundament** eint. Wir müssen dieses Europa aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger, der Menschen, denken. Deshalb wollen wir die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 24. und 25. März dazu nutzen, dieses Wesensmerkmal Europas in der Berliner Erklärung deutlich zu machen, und zwar zum einen durch die Benennung dessen, was gelungen ist, zum anderen aber auch durch die Benennung der Aufgaben für das 21. Jahrhundert. (D)

Wir wissen – ich glaube, das ist richtig so –, dass die Frage, wie es nach dem Ende unserer Präsidentschaft mit dem Verfassungsvertrag weitergeht, für unsere Präsidentschaft, vor allen Dingen aber für die Zukunft der Europäischen Union wesentlich ist. Sie wird auch darüber entscheiden, wie wir in die Europawahlen 2009 gehen. Wir wissen, die gemeinsame Zukunft der Europäischen Union lässt sich nicht mit dem Vertragswerk von Nizza gestalten. Wir brauchen einen Vertrag, der die regionale, die subsidiäre Verantwortung stärker benennt, der Europa institutionell handlungsfähig macht, der deutlich macht, was die Europäische Union eint. Deshalb werden wir bis zum Juni an dem Fahrplan, wie es mit dem Verfassungsvertrag weitergeht, zu arbeiten haben. Erste Konsultationen zeigen, dass es bei allen Schwierigkeiten eine breite Zustimmung für die Auffassung gibt, dass wir ein Zeichen setzen müssen, dass diese Europäische Union handlungsfähig ist.

Die Bundesregierung wird alles daransetzen, das in ihrer Kraft Liegende dafür zu tun;

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

denn wir wissen: Europa ist unsere Zukunft. Globaler Handel, Umweltschutz, illegale Migration und internationale Sicherheitsfragen – all das können Nationalstaaten heute nicht mehr alleine bewältigen. Kaum ein Politikbereich – das spüren wir auch im Bundestag – ist von den internationalen Implikationen unberührt.

Weil das so ist, wünsche ich mir: Bleiben wir Europäer uns trotz aller Probleme und Schwierigkeiten der überaus großen Zukunftschancen, die diese Europäische Union hat, bewusst! Seien wir uns bewusst, dass es an uns liegt – so, wie es vor 50 Jahren den Gründungsvätern der Europäischen Union gelungen ist –, dadurch, dass wir über den Tellerrand hinausschauen und die wesentlichen Herausforderungen unseres Jahrhunderts sehen, die europäische Erfolgsgeschichte der letzten 50 Jahre in den nächsten 50 Jahren fortzuschreiben, um das zu schaffen, was heute zum großen Teil bereits geschaffen worden ist: einen Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich eröffne die Aussprache.

- (B) Das Wort erhält zunächst der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, zunächst einmal viel Erfolg für die Bewältigung der herausragenden Aufgabe, die Sie vor sich haben, wünschen. Um es gleich vorab zu sagen: Dass Ihre Präsidentschaft, dass die Präsidentschaft Deutschlands in der Europäischen Union Erfolg hat, liegt nicht nur im Interesse der Regierungsfaktionen, sondern es ist ein nationales Interesse und ein Interesse des ganzen Hohen Hauses.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Natürlich sind Regierungserklärungen der Regierungschefin davon getragen, dass sie nicht in allem konkret sein können. Das ist ganz selbstverständlich. Zu dem, was Sie vorgetragen haben, wird es aller Voraussicht nach eine ganz überragende Zustimmung über die Parteigrenzen hinweg in diesem Hohen Hause geben. Ihre Ausführungen hatten einen solchen Konkretisierungsgrad, dass das ganze Hohe Haus dem nur zustimmen kann.

Aber das Entscheidende ist das, was nicht angesprochen worden ist. Darüber müssen wir reden. Sie haben zu Beginn Ihrer Präsidentschaft, Anfang des Jahres, zu Recht darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, dass wir

den **Verfassungsprozess** wieder in Gang setzen. Dabei unterstützen wir Sie. Sie haben hier davon gesprochen, dass ein Fahrplan notwendig ist, und Ihren Optimismus gezeigt, dass wir in der Lage sein werden, in Europa einen gemeinsamen Fahrplan zu finden. Dafür wünschen wir Ihnen viel Erfolg. (C)

Aber bevor man einen Fahrplan findet, muss man erst einmal entscheiden, welcher Zug nach diesem Fahrplan fahren soll. Das heißt, welchen Verfassungstext wollen wir eigentlich durchsetzen? Wie ist die deutsche Haltung bei diesen Verhandlungen? Wollen wir den alten Verfassungstext weiter forcieren? Setzen wir auf einen kürzeren Verfassungstext? Wollen wir uns darauf konkretisieren, einige wesentliche Kernpunkte dieses Verfassungstextes in Europa durchzusetzen? Von der Präsidentschaft der Deutschen in Europa erwarten wir, damit der Verfassungsprozess Erfolg hat, dass die Regierung selber weiß, was am Schluss herauskommen soll. Ein Fahrplan ist zu wenig; Inhalt ist gefragt.

(Beifall bei der FDP)

Einen Bereich, den ich ansprechen möchte, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung völlig ausgespart. Er macht meiner Fraktion große Sorgen; ich bin ganz sicher, auch denjenigen aus anderen Fraktionen, die an der Sicherheitskonferenz in München teilgenommen haben. Es geht um die Diskussion über die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** Europas. Die Frage muss doch lauten: Ist die Gefahr nicht erheblich und groß, dass die Ankündigungen Tschechiens, Polens und der Vereinigten Staaten von Amerika, ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien zu stationieren, zu einem neuen Rüstungswettlauf führen können? Das ist nicht die bilaterale Angelegenheit von Tschechien und Polen einerseits und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits. Das ist eine europäische Frage, eine Frage unseres Bündnisses. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns erklären, was Ihre Initiativen sein werden, damit hier keine Spirale eines neuen Rüstungswettlaufs entstehen kann. Das ist europäisches Interesse. Die Äußerungen des tschechischen Außenministers, man sei ein souveräner Staat und die Sowjetunion sei untergegangen, sind – mit Verlaub – zu uneuropäisch und zu kurz gesprungen. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir werden uns mit dieser Frage mehr als einmal auseinandersetzen müssen. Auch wenn das eine Angelegenheit ist, die vielleicht nur am Rande der Tagesordnung in Brüssel am 8. und 9. März zu beraten sein wird: Sie ist, Frau Bundeskanzlerin, von herausragender Bedeutung! Es reicht auch nicht aus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika durch ihre Außenministerin mitteilen, man habe Russland schließlich darüber informiert. Das ist nicht das, was man braucht. Das Mindeste, was man erwarten kann, ist eine Konsultation. Die Reaktionen auf die Rede, die Präsident Putin in Deutschland gehalten hat, verwundern mich durchaus – genauso wie der Grad der Erregung. Ich stelle mir umgekehrt die Frage, wie wohl die Reaktionen in den Vereinigten Staaten von Amerika wären, wenn Russland planen würde, ein sol-

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) ches Raketenabwehrsystem vor den Toren Washingtons, zum Beispiel auf Kuba, zu stationieren.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich wäre auch das keine Angelegenheit, die nur Kuba und die russische Führung betreffen würde, sondern das wäre eine globale Frage.

Frau Bundeskanzlerin, meines Erachtens muss sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit diesem Thema beschäftigen; der Bundesaußenminister hat dazu bereits ein paar Bemerkungen gemacht. Ich frage Sie: Wie ist die Haltung der Deutschen? Deutschland hat die EU-Präsidentschaft übernommen. Das heißt, dass wir auch in dieser Frage führen müssen. Wir Liberalen jedenfalls wollen an dem Ziel einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas festhalten und wehren uns dagegen, dass es zu einer Spaltung der Europäischen Union bzw. des westlichen Bündnisses kommt, indem Länder gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will es mir ersparen, an dieser Stelle Ihre Ausführungen zum **Wirtschaftswachstum** zu wiederholen. Nur ein kurzer Hinweis: Alle Zahlen zum Wachstum in der Europäischen Union, die Sie vorgetragen haben, belegen eines: dass Deutschland immer noch hintansteht. Die Daten zum durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union, die Sie selbst genannt haben, sind – mit Verlaub – Anlass zur Sorge. In Wahrheit holen wir nicht auf, sondern wir fallen etwas weniger schnell zurück. Das ist die reale Lage. Die anderen Länder in Europa wachsen viel schneller als Deutschland. Daher kann man nicht sagen, dass Deutschland aufholt. Das mag die Partystimmung der Regierung stören, aber es gehört zu einer nüchternen Analyse dazu. Die Konjunkturkrise ist hoffentlich vorbei. Wenn wir aber meinen, damit sei auch die Strukturkrise in Deutschland gelöst, dann wird uns die nächste Konjunkturkrise doppelt hart treffen.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich möchte ich das, was Sie, Frau Bundeskanzlerin, zur **Energiepolitik** gesagt haben, aufgreifen. Die ehrgeizigen Ziele, die Sie in diesem Bereich formuliert haben, werden meiner Einschätzung nach vom ganzen Hause mitgetragen. Das gilt ausdrücklich auch für die Maßnahmen, die Sie im Hinblick auf die Steigerung der Energieeffizienz vorgeschlagen haben. Wer wollte hier ernsthaft widersprechen? Das sind für nachdenkende Menschen eigentlich Selbstverständlichkeiten.

(Zurufe von der SPD: Das ist ja ganz neu! – Oh! Oh!)

– Ja, das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Wer „eigentlich“ sagt, hat schon verloren!)

– Herr Kollege Trittin, das, was Sie so alles sagen, ist sicherlich immer richtig – und überhaupt.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe keine Lust, nur über Gemeinsamkeiten zu sprechen und dafür meine Redezeit zu verbrauchen. Entscheidend ist nämlich ein anderer Punkt, den Sie allerdings nicht angesprochen haben – darauf möchte ich hinaus –: der **Klimawandel**. Die entscheidende Frage in der Energiepolitik sparen Sie in Ihren Antworten aus, nämlich: Steigt Deutschland entgegen dem, was in allen anderen Ländern der Welt getan wird, wirklich aus der Kernenergie aus oder nicht?

(Ulrich Kelber [SPD]: Das soll die entscheidende Frage sein? Sie haben nichts dazugelernt!)

Dazu sagen wir: Wer den Klimawandel bekämpfen will und dann beschließt, dass Deutschland in einem nationalen Alleingang aus der Kerntechnologie, die hierzulande eine Spitzentechnologie ist, aussteigt, der verschlechtert die Umweltlage, der vergrößert unsere Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Leider wahr!)

und der schadet den wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Man muss erwarten können, dass Sie sich nicht um die Antwort auf diese Frage herummogeln, sondern etwas dazu sagen. Sie müssen zumindest darlegen, wie Sie auf europäischer Ebene handeln werden. Wie werden Sie sich auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm verhalten, wenn die Vertreter aller anderen Länder sagen, dass sie die Kernkraft ausbauen? Derzeit sind weltweit 160 Kernkraftwerke in Planung. In diesen Ländern weiß man, dass man vernünftig handelt, wenn man eine Form der Energiegewinnung praktiziert, durch die der Klimawandel nicht befördert wird.

Diese Fragen haben Sie heute ausgespart. Darauf hätten wir uns allerdings viel konkretere Antworten gewünscht. In der Energiepolitik den Zeigefinger zu erheben, in Wahrheit aber durch den Ausstieg aus der Kerntechnologie, die in Deutschland eine Spitzentechnologie ist, den Klimawandel zu befördern, das ist ein Widerspruch in sich. In dieser Frage wird Ihnen die liberale Opposition in diesem Hause widersprechen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Für die SPD-Fraktion erhält nun das Wort der Kollege Kurt Bodewig.

**Kurt Bodewig (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede meines Vorredners begann so konstruktiv, da war ich eigentlich schon zuversichtlich, dass wir Europa gemeinsam gestalten. Dann kam aber leider wieder die übliche Mäkelei der Liberalen.

Zum letzten Thema will ich sagen: Herr Westerwelle, ich habe noch sehr genau in Erinnerung, wie das war, als die Diskussion über die erneuerbaren Energien begann:

**Kurt Bodewig**

- (A) Die waren für Sie anfangs noch keine Selbstverständlichkeit. Vielleicht sollten wir uns häufiger an frühere Debatten erinnern. Auf das Thema „erneuerbare Energien“ wird mein Kollege Ulrich Kelber nachher etwas näher eingehen. Deswegen will ich meine Redezeit auf andere Themen verwenden.

Ich möchte mich erst einmal bei der Bundeskanzlerin dafür bedanken – sie hört jetzt nicht zu; aber der Dank gilt trotzdem –, dass sie sich so darum bemüht, den sensiblen **Verfassungsprozess** wieder in Gang zu bringen, und mein Dank schließt den Bundesaußenminister ausdrücklich mit ein. Ich glaube, diese sensible Konsultation ist genau der richtige Weg. Denn wenn wir schon heute Vorgaben beschreiben, welche Schritte zu gehen sind, werden wir nicht zu einem Ergebnis kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, dass sich in diesen acht Wochen der deutschen Ratspräsidentschaft in der Verfassungsfrage mehr bewegt haben wird als in der zweijährigen Reflexionsphase.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Was hat sich denn bewegt? Es hat sich gar nichts bewegt!)

Dass Deutschland Motor für Bewegung in Europa ist – und dabei sollte es bleiben –, ist übrigens ein Grund, stolz zu sein. Das ist auch auf bestimmte andere Äußerungen die richtige Antwort.

- (B) Damit komme ich zu einem zweiten Punkt meines Vorredners. Er sollte zur Kenntnis nehmen, dass Studien zufolge – wie der vom Research Center der Allianz – Deutschland bei der Produktivität die USA eingeholt, in bestimmten Bereichen sogar überholt hat. Wir haben die Neigung, solche innovativen Leistungen eher zurückhaltend zu beurteilen. Das ist die deutsche Selbstbefindlichkeit, eigene Erfolge nicht benennen zu wollen. Das führt aber nicht weiter und stärkt uns nicht. Deshalb ist es nötig, festzuhalten: Wir haben in Europa Maßstäbe gesetzt.

Das Topthema Energie auf dem Frühjahrsgipfel wird zeigen: Deutschland ist bei den erneuerbaren Energien mittlerweile Weltmarktführer. Es war also richtig, dass wir mit ihrem Ausbau frühzeitig begonnen haben. Dabei gehören die traditionellen Industrien, die traditionellen Kraftwerke, aus meiner Sicht keineswegs zur Altindustrie, sondern sie sind ebenfalls Hightech. Wenn wir etwa mit BoA den Wirkungsgrad um 50 Prozent erhöhen können, dann sind wir auch da weltmarktfähig, und das wird sich bis hin auf Märkte wie China und Indien auswirken.

Zur **Lissabonstrategie**. Es ist ganz wichtig, dass wir unsere Linie – die Trias aus Nachhaltigkeit, Sozialverpflichtung und Wettbewerbsfähigkeit – beibehalten. Keiner dieser drei Punkte kann für sich alleine stehen, nur in dieser Kombination wird Europa sich entwickeln. Wir haben in der EU seit Verabschiedung der Lissabonstrategie – namentlich nach der Neufokussierung 2005 wurde dies deutlich verstärkt – 8 Millionen neue Stellen. Wir haben zwar immer noch 17 Millionen Arbeitslose in Europa – immer noch zu viele Arbeitslose –; aber dass

Maßnahmen wie das Nationale Reformprogramm ihre Wirkung zeigen, ist erkennbar. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

– Da darf man gerne klatschen.

Ich sage als Sozialdemokrat natürlich auch: Die Agenda 2010 – so schwierig sie war und so schmerzhaft sie in Teilen war – zeigt jetzt Wirkung. Auch ihr verdanken wir die real 300 000 neuen Arbeitsplätze, die im vergangenen Jahr entstanden sind.

(Beifall bei der SPD – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: So viel Arme wie noch nie!)

Lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt eingehen. Innovation in Deutschland heißt Hightech. Sie heißt aber auch: eine breite Qualifikation. Um das duale System, das wir in Deutschland haben, beneiden uns alle anderen Mitgliedstaaten der EU. Wir sollten es nicht aufgeben. Es ist übrigens die Basis dafür, dass wir auch an anderen Stellen weiterkommen, etwa bei der Exzellenzinitiative – einer großen Leistung –, beim Pakt für Forschung und Innovation, bei der Hochtechnologiestrategie und natürlich beim 3-Prozent-Ziel, das wir gemeinsam vereinbart haben und das wir erreichen werden.

An die FDP gerichtet, will ich sagen: Was uns in der Europafrage unterscheidet, ist, dass wir die Menschen mitnehmen wollen. Die Bolkestein-Richtlinie hat sehr deutlich gemacht, was Ihre Vorstellung von Freiheit in Europa angerichtet hat. Die Referendumsergebnisse resultieren zum Teil auch aus einem solchen Europaverständnis. Wir wollen die Menschen mitnehmen, und wir wollen ein soziales Europa. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe deshalb die Bitte an die Bundeskanzlerin, die Kernbotschaften des Ministerrats für den Bereich **Arbeit und Soziales** aufzugreifen. Gerade beim Frühjahrsgipfel geht es um das Thema „Flexicurity“, das heißt eine größere Flexibilität, die aber mit einer angemessenen Beteiligung und Arbeitnehmerrechten verbunden ist.

Flexibilität und Sicherheit beim Übergang zwischen den verschiedenen Abschnitten der Arbeit halte ich für den entscheidenden Punkt. Wir müssen im Beschäftigungsbereich einen am Lebenszyklus orientierten Ansatz schaffen und den Fokus verstärkt auf die Menschen richten, die am Rande des Arbeitsmarktes stehen.

Nicht zuletzt steht die Europäische Union vor einer ungeheuren Herausforderung durch die demografische Entwicklung. Wir müssen die damit verbundenen Fragen jetzt beantworten. Dazu gehört auch die Anpassung der Rentensysteme an die Notwendigkeiten, die wir zu vollziehen haben. Es geht aber auch um die Gesundheitsvorsorge und Langzeitpflege in einer alternden Gesellschaft. Dies sind sehr wichtige Themen. Wir arbeiten permanent an den Antworten und haben schon viele wichtige Schritte vollzogen.

Ich danke dem Vizekanzler für seine besondere Fokussierung auf den Begriff „gute Arbeit“. Das ist nicht nur dahergesagt. Es geht darum, dass ein normales



Kurt Bodewig

- (A) Arbeitsverhältnis den Menschen wieder die Sicherheit bietet, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, ihr Leben zu gestalten und die Existenzfähigkeit ihrer Familien zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch ein fairer Lohn.

Es geht auch darum, diese Formen eines sozialen Verständnisses in der EU weiterzuentwickeln. Es gibt nicht *das* europäische Sozialmodell; vielmehr ist ein europäisches Sozialmodell als gemeinsame Konstruktion im Werden, in dem Versuch, uns in Europa auf bestimmte Grundsätze – wie ausgeprägte Systeme der sozialen Sicherheit, eine funktionierende Sozialpartnerschaft, klare Regeln des Arbeitsschutzes, gute Bildungssysteme, eine Politik gegen soziale Ausgrenzung und klare Regelungen für Gleichbehandlung – zu einigen. Wir sind hierbei ein großes Stück weitergekommen und werden die Bemühungen weiter forcieren.

Bei dem Frühjahrsgipfel geht es um ein weiteres Thema, nämlich die **Wettbewerbsfähigkeit**. Dazu gehören Innovationen, Technologieentwicklungen, aber auch eine bessere Rechtsetzung. Auch das unterstützen wir. Die Ziele sind zwar ambitioniert, aber erreichbar: Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften, systematischer Einsatz von Folgeabschätzung, Messen der bürokratischen Belastungen und Reduktion der Verwaltungslast um 25 Prozent bis 2012. Aber ich füge gleich hinzu: Dies darf nicht als Hintertür zum Abbau von Standards dienen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Über die Standards muss in einer politischen Diskussion beraten und entschieden werden. Insofern warne ich vor einer Fehlentwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das europäische Sozialmodell ist sicherlich für uns alle wichtig, weil es sich positiv von anderen globalen Zentren dieser Welt unterscheidet und weil wir damit die Voraussetzungen und eine Basis dafür schaffen, Europa auch aus der Sicht anderer Kontinente attraktiv zu gestalten. Vor diesem Hintergrund ist die eben von mir beschriebene Trias zu sehen.

Wir sollten versuchen, diese starke gemeinsame Basis in Europa in Sachen Forschung und Technologieentwicklung, Innovation und sozialen Zusammenhalt mit einem Prozess zu verbinden, der Europa stärker zusammenführt. Damit komme ich zurück zur **Verfassungsdiskussion**.

Die Berliner Erklärung – sie wird einen Rückblick bieten, aber vor allem in die Zukunft weisen – kann uns erste Anhaltspunkte dafür geben, wie der Prozess wieder in Gang gesetzt werden kann und wie sich die Zukunft gestaltet. Unser aller Bemühen – das gilt für die Regierung, die Mitglieder in den Räten, aber auch für die Parlamentarier – ist, dass dieser ins Stocken geratene Prozess erneut in Bewegung gesetzt wird. Das heißt, wir versuchen, in diesem Prozess gemeinsam dafür zu werben, dass ein Europa nach den Regeln von Nizza nicht

- existenzfähig ist. Europa wird die globale Wettbewerbssituation mit den sich neu bildenden Zentren der Welt – aber auch mit den alten – nicht gewinnen können. Aus diesem Grund liegt eine besonders große Verantwortung bei uns. Diese sollten wir alle wahrnehmen. (C)

Ich freue mich, dass die Bundesländer in einem gemeinsamen Papier diese Weiterentwicklung ebenfalls dokumentiert haben. Ich hätte mir zwar etwas mehr gewünscht – wohl wissend, dass die süddeutschen Bundesländer etwas zurückhaltender waren –, aber ich glaube, dass dieses Papier der Bundesländer eine gute Basis ist. Wir sollten weiter daran arbeiten.

Im Zusammenhang mit dem europäischen Prozess fallen mir einige Zeilen eines englischen Songs ein, der eine gewisse Leichtigkeit des Seins wiedergibt: „Yesterday is history, tomorrow is mystery“. Auf Deutsch: Gestern ist Geschichte, das Morgen ist ein Geheimnis, ein Rätsel. – Wir können das konkret beantworten: Europa ist heute. Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und Ihnen, Herr Bundesaußenminister, wünsche ich eine glückliche Hand beim anstehenden Gipfel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Oskar Lafontaine für die Fraktion Die Linke.

**Oskar Lafontaine (DIE LINKE):**

(D)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich vier Punkten zuwenden, die in der heutigen Debatte angesprochen wurden. Der erste Punkt betrifft den europäischen Verfassungsentwurf. Ich finde, dass der Vorsitzende der FDP-Fraktion recht hat, wenn er sagt: Es genügt nicht, nur darüber zu reden, dass man den Verfassungsprozess erneut beleben will oder den Verfassungsentwurf befördern will. Vielmehr müssen wir uns über die Ziele verständigen. Es ist ebenfalls richtig, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Bundeskanzlerin über die Ziele wenig gesagt hat. Dabei wären breitere Ausführungen angesichts der Tatsache notwendig gewesen, dass der Verfassungsentwurf, sofern er einer Volksabstimmung wie in Frankreich und den Niederlanden unterworfen wurde, zurückgewiesen wurde. Wir würden uns als Parlament einen Gefallen erweisen, wenn wir sagten: Wenn wir eine Verfassung auf den Weg bringen, dann wollen wir auch die Bevölkerung einbeziehen. Ein Europa über die Köpfe der Bevölkerung hinweg ist nicht das Europa, das die Linke will.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Deshalb bedauere ich es, dass einfach so getan wird, als läge es nur in der Kompetenz der Parlamente oder der Regierungen, einen **Verfassungsentwurf** zustande zu bringen. Wer den wirklichen Sinn eines Verfassungsentwurfs erfasst und weiß, wie Verfassungen konstituiert sein müssen, wenn sie denn von der Gesellschaft akzeptiert werden sollen, der weiß, dass wir nun zu dem Punkt

Oskar Lafontaine

- (A) gekommen sind, an dem man sagen muss: Ohne Volksabstimmung geht es nicht. Wer die Volksabstimmung aussetzt oder erst gar nicht ins Auge fasst, wird in Europa nicht vorankommen und wird die Völker Europas immer wieder gegen sich haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der zweite Punkt, den der Kollege Westerwelle angesprochen hat – ich fand es wichtig, dass er das getan hat –, war die europäische Außenpolitik. Natürlich stimme ich ihm voll zu, wenn er darauf hinweist, dass die **Raketenstationierung** in Tschechien und Polen nicht allein eine Angelegenheit dieser beiden Länder und Russlands ist. Es ist richtig, dass wir darauf bestehen müssen, dass die europäische Außenpolitik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie koordiniert ist, wenn sie wirklich europäisch verfasst ist. Daher geht es nicht, dass einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder die Vereinigten Staaten Alleingänge starten, in die die anderen gar nicht einbezogen wurden. Wir lehnen eine solche Vorgehensweise ab.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte dieser Betrachtung über die Raketenstationierung noch etwas hinzufügen. Europa muss an einer Stelle einen anderen Weg gehen als die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Stelle ist klar zu markieren. Es geht um die **Beachtung des Völkerrechts**. Den ständigen Versuch der Vereinigten Staaten, das Völkerrecht je nach Belieben zu ignorieren, darf Europa nicht unterstützen. Hier braucht Europa eine ganz andere Außenpolitik.

(B)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Bruch des Völkerrechts ist praktisch eine Konstante der Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den letzten Jahren. Dabei geht es nicht nur um Verschleppung und Folter, sondern schlicht und einfach um eine Art der Kriegsführung – darüber wurde gestern schon debattiert –, bei der die Genfer Konventionen nicht beachtet werden. Es geht nicht nur darum, wie ein Redner der SPD gestern gemeint hat, dass der UNO-Sicherheitsrat eine Ermächtigung erteilt. Vielmehr sind die Genfer Konventionen ein genauso wichtiger Bestandteil des Völkerrechtes. Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland etwa durch die Entsendung von Tornados bei einer Kriegsführungsstrategie mitmacht, durch die viele unschuldige Zivilisten ums Leben kommen. Das verstößt gegen die Genfer Konventionen und ist schlicht und einfach völkerrechtswidrig.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus zeitlichen Gründen kann ich bei diesem Thema nicht länger bleiben.

Ich komme nun zum Thema des **europäischen Sozialstaates**. Das ist so wunderbar dahergesagt, aber, Frau Bundeskanzlerin, Ihr Bekenntnis zum europäischen Sozialstaat ist durch nichts, aber auch gar nichts gerechtfertigt, wenn ich die Praxis Ihrer Regierung sehe.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos]) (C)

Man kann allenfalls mildernd sagen, dass Sie vielleicht die Folgen dieser Praxis nicht hinreichend im Auge haben. Deshalb will ich zwei Punkte herausgreifen, einmal das permanente Lohndumping, das von Deutschland betrieben wird, und zum anderen das permanente Steuerdumping, in dem Deutschland führend ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Alle Worte über den europäischen Sozialstaat sind Schall und Rauch, wenn man Lohn- und Steuerdumping betreibt, und nichts anderes macht die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun will ich Ihnen die Zahlen nennen. Sie sind erschütternd. Das ist nicht zum Lächeln, Frau Bundeskanzlerin. Vielleicht hören Sie einmal eine Sekunde zu!

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Ich höre die ganze Zeit zu!)

Es war zumindest in den Parlamenten, in denen ich die Ehre hatte, Mitglied zu sein, üblich, dass man bei einer Debatte, die man selber eröffnet hat, zuhört.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie Luftballon! – Ulrich Kelber [SPD]: Hauptsache, Sie treten nicht zurück! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

(D)

– Sie können ruhig lärmern, meine Damen und Herren. Wenn Sie diese selbstverständlichen Regeln nicht mehr akzeptieren wollen, dann tun Sie mir nur noch leid.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ihr **Lohndumping** lässt sich markieren. Während in Deutschland die Reallöhne in den letzten zehn Jahren in der Summe um 5,1 Prozent gesunken sind, haben sie sich woanders kräftig nach oben bewegt: in der Schweiz um 4,0 Prozent bewegt, in Frankreich um 10,2 Prozent, in den Vereinigten Staaten um 22,7 Prozent, in England um 23,4 Prozent und in Schweden um 28,5 Prozent. Über zehn Jahre saldiert, haben sich die Löhne in diesen Ländern real um weit über 30 Prozent besser entwickelt als in Deutschland.

(Lachen bei der SPD)

– Dass Sie von der SPD angesichts dieser Zahlen lachen, zeigt, wie verkommen Sie mittlerweile sind. Das muss ich einmal deutlich sagen.

(Kurt Bodewig [SPD]: Werden Sie nicht unanständig!)

Wenn ein solches Lohndumping bei Ihnen nur noch zu Lachen führt, dann sollten Sie überprüfen, ob Sie noch den richtigen Parteinamen führen. Da wäre wirklich eine Reflexion angesagt.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Sie sind der Kasper!)

Oskar Lafontaine

- (A) Wenn man sich vor Augen hält, dass die Lohnentwicklung im Vergleich zu Schweden bei uns um über ein Drittel zurückgeblieben ist, und wenn man sich vorstellt – das sage ich angesichts der Situation in diesem Hause an die Zuhörerinnen und Zuhörer gerichtet –, dass in Deutschland die Löhne oder die Renten saldiert über die letzten zehn Jahre derzeit um 33 Prozent real höher sein könnten, dann kann man ermesen, in welchem Umfang dieses Lohndumping hier in Deutschland und Europa Schaden angerichtet hat.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich sage noch einmal: Dieses Lohndumping gefährdet die Europäische Währungsunion. Sie werden das wahrscheinlich erst merken, wenn es so weit ist, aber dann ist es zu spät; denn heute können die Staaten, die früher mit Abwertung ihrer Währung auf das deutsche Lohndumping reagieren konnten, nicht mehr reagieren. Eines Tages wird es dann so weit sein, dass die Europäische Währungsunion – ich erinnere nur einmal an die Lohnstückkosten in Spanien, Italien oder Portugal – so verzerrt ist, dass die Währungsstabilität nicht mehr gegeben ist. Ich erwähne das immer wieder, damit es zumindest im Protokoll zu finden ist.

Nun komme ich zum **Steuerdumping**. Auch hier sind Sie leider führend. Die nominalen Sätze der Körperschaftsteuer in der EU der 15 wurden in den letzten zehn Jahren um 10 Prozent gesenkt, in Deutschland um 18,5 Prozent. Wir sind also beim Steuerdumping Vorreiter in der Europäischen Union. Auch wenn man die Durchschnittssteuersätze nimmt, die ab und zu von Instituten ermittelt werden, dann ergibt sich für die EU der 15 ein Minus von 11 Prozent in den letzten Jahren und für Deutschland ein Minus von 16 Prozent. Wenn man sich angesichts dieses Sachverhalts dann noch vor Augen führt, dass Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, noch eine weitere Unternehmensteuersenkung ins Auge fassen, um das Steuerdumping noch weiter anzuhetzen, dann ist das Gerede vom europäischen Sozialstaatsmodell blanker Zynismus.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Hintergrund ist der, dass der Faktor Arbeit nicht beweglich ist und man daher über Lohndumping und über die Steuer- und Abgabenlast die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer weiter belasten kann, während die beweglichen Faktoren, insbesondere das Geld und das Kapital, sich der Besteuerung entziehen können. Das Ergebnis ist genau das, was ich Ihnen hier vorgetragen habe. Deshalb möchte ich dringend dazu raten, dieses Lohndumping und dieses Steuerdumping aufzugeben. Alle hehren Worte, die hier gefallen sind, haben überhaupt keinen Bezug zur Realität, solange diese Entwicklung mit diesen nüchternen und harten Zahlen, die international abrufbar sind, anhält. Nichts davon hat überhaupt eine Grundlage oder irgendeine Realität.

Nun komme ich zum letzten Thema, der **Energiepolitik**. Es ist richtig, dass Anstrengungen unternommen

worden sind. Deutschland hat – ich habe dies schon öfter öffentlich gesagt – in den letzten Jahren bei den erneuerbaren und regenerativen Energien eine positive Entwicklung genommen. Diesen Weg sollten wir weitergehen. (C)

Nicht mit Ruhm bekleckert haben wir uns aber, was die Vermeidung von **CO<sub>2</sub>-Emissionen** angeht. Das gilt auch und gerade für Sie, Frau Bundeskanzlerin. Sie sind an dieser Stelle zu wenig ehrgeizig. Es ist nicht notwendig, vor der Automobilindustrie Kniefälle zu machen. Wir können an ehrgeizigen Zielen bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion, die wir uns einmal gesteckt haben, durchaus festhalten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir sollten auch an dem Ziel festhalten – das sage ich für meine Fraktion –, die CO<sub>2</sub>-Reduktion bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken. Wir in Deutschland haben die Technologie und die finanzielle Kraft, eine solche Umweltpolitik zu machen. Wenn wir bei diesen Techniken nicht ganz vorne sind, dann können wir von anderen Staaten nicht erwarten, dass sie mitziehen. Deshalb halten wir an diesem Ziel fest.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

In einem Punkt möchte ich einen Dissens zu dem Beitrag des Kollegen Westerwelle deutlich machen. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die CO<sub>2</sub>-Reduktion ein vorrangiges Ziel ist; gleichzeitig hat er auf die Nutzung und den Ausbau der **Kernenergie** hingewiesen. Ich halte dies für verfehlt. Für mich gilt nämlich nach wie vor: CO<sub>2</sub> ist zwar eine große Belastung; aber Alpha-, Gamma- und Betastrahlen sind nicht irgendwelche harmlosen Stoffe, auch wenn sie derzeit kein Problem sind und man sie nicht fühlen, schmecken oder riechen kann – von dem Zusammenhang der sogenannten zivilen atomaren Wirtschaft mit der militärischen atomaren Aufrüstung einmal ganz abgesehen. Wenn man den CO<sub>2</sub>-Ausstoß dadurch bekämpfen will, dass man die Atomindustrie ausbaut, dann ist das, als würde man versuchen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Das sollten wir nicht. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen an dem Ausbau der **erneuerbaren Energien** festhalten. Ich habe darauf verwiesen – das ist ein Plus der rot-grünen Regierung; das möchte ich hier einmal ansprechen –, dass an dieser Stelle in den letzten Jahren einiges geleistet worden ist. Wir müssen nach wie vor im Auge haben, über Preise beispielsweise den Energieverbrauch zu steuern. Dieser Satz stellt sich ganz anders dar, wenn man sich bewusst macht, dass die Real-löhne in Schweden um fast 30 Prozent gestiegen sind, während sie hier um 5 Prozent gesunken sind. Daher ist bei uns Preissteuerung praktisch nicht mehr möglich; schließlich kann man Rentner und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen auf diese Weise zu umweltgerechtem Verhalten gar nicht anhalten.

Oskar Lafontaine

- (A) Wir werden an unserem Ansatz festhalten. Wir werden ihn aber stets mit einem sozialpolitischen Ansatz verbinden. Eine Preissteuerung auf der Energieseite setzt beispielsweise voraus, dass eine gesunde Lohn- und Rentenentwicklung, vergleichbar mit der in anderen Staaten, stattfindet. Wenn man die eine oder andere Entscheidung trifft – ich denke an die Pendlerpauschale –, sollte man stets die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer im Auge haben, die aufgrund ihrer niedrigen Löhne nicht ausweichen können. Umweltschutz ist dringend erforderlich; aber der Umweltschutz muss mit dem Sozialen verbunden werden. Wir wollen daher ein europäisches Sozialmodell, das sich dem Umweltschutz stärker zuwendet.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist Wischiwaschi!)

Wir wollen nicht, Herr Kollege aus der ersten Reihe, dass hier hehre Worte gefunden werden; vielmehr muss Deutschland endlich die verfehlte Politik des Lohndumpings, des Steuerdumpings und temporär auch des Umweltdumpings aufgeben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Ulrich Kelber [SPD]: Alle paar Jahre wird die Argumentation angepasst!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Michael Meister für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Dr. Michael Meister** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute in einer Woche wird zum ersten Mal ein Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs von unserer Bundeskanzlerin geleitet. Ich wünsche Ihnen, Frau Dr. Merkel, für diese Aufgabe im Namen meiner Fraktion ein glückliches Händchen, ein offenes Ohr und viele gute Ideen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, die Vorarbeiten für diesen Gipfel sind seitens der Bundesregierung – das kam in der Regierungserklärung zum Ausdruck – sehr professionell geleistet worden. Deshalb können wir diesem Gipfel mit einiger Zuversicht entgegensehen.

Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen zu meinem unmittelbaren Vorredner.

Zum Ersten. Ich freue mich als Mitglied der Unionsfraktion, dass eine Bundesregierung, die von mir mitgetragen wird, sich weltweit glaubwürdig für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltfreiheit und Demokratie einsetzt. Darauf bin ich stolz. Ich würde mich freuen, wenn alle Mitglieder dieses Hauses diese Einschätzung teilen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zum Zweiten will ich darauf hinweisen, dass mein Vorredner als ehemaliger Bundesminister der Finanzen

(C) persönlich einen wesentlichen Anteil daran hat, dass wir in dieser Koalition heute mit einem riesigen strukturellen Defizit kämpfen. Ich würde mich freuen, wenn er nicht belehrend auftreten, sondern wenn er sich gelegentlich zu seiner Verantwortung an dieser Stelle bekennen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Da muss man zuhören, Herr Lafontaine! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Zuhören!)

Beim Frühjahrsgipfel der Europäischen Union steht traditionell das Thema Wachstum und Beschäftigung, die Lissabonstrategie, im Mittelpunkt. Das ist in diesem Jahr mit der Frage kombiniert, wie wir beim Klimaschutz weiterkommen. Ich glaube, dass wir sowohl in der Europäischen Union als auch in Deutschland, wie das eben schon anklang, **Ökonomie** und **Ökologie** miteinander verbinden können, indem wir im Bereich der Technologieführerschaft beides zusammenführen und damit dafür sorgen, dass das Lissabonziel einerseits sowie die Klima- und Umweltziele andererseits gemeinsam erreicht werden können.

Meine Damen und Herren, was wir entsprechend dem Koalitionsvertrag mit unserer Hightechstrategie national aufgelegt haben, ist ein Edelstein dieser Regierungspolitik. Wir geben trotz angespannter Haushaltslage eine Unmenge an Geld mehr für Bildung, Forschung und Technologie aus. Wir haben das auch mit einer sinnvollen Strategie qualitativ unterlegt. Das ist ein Edelstein, der viel zu wenig wahrgenommen wird und noch zu wenig leuchtet. Wir sollten ihn polieren und weiter daran arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Um Anreize zu schaffen, Hebel zu haben, Messlatten zu setzen, ist es ein vernünftiger Weg, dass wir quantitative Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen vorgeben. Bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990 um 20 Prozent zu reduzieren, ist ein sehr ehrgeiziges und ambitioniertes Ziel. Wir alle stehen jetzt gemeinsam in der Verantwortung, dies mit glaubwürdigen Strategien zu unterlegen. Wenn man dann mit Drittstaaten übereinkommt, dies noch auf 30 Prozent zu steigern, nimmt man sich an dieser Stelle noch mehr vor.

Ich will an die Adresse vom Kollegen Westerwelle ausdrücklich sagen: Wir haben im Koalitionsvertrag zu einem wesentlichen Thema Ehrlichkeit bewiesen. Wir haben gesagt, dass es zur Frage der zukünftigen Nutzung der **Kernenergie** zwischen den Koalitionspartnern Dissens gibt. Das ist eine ehrlichere Position, als wenn man versucht, sich mit Formelkompromissen über diese Frage hinwegzulavieren. Wir haben gesagt: An dieser Stelle können wir in den Positionen nicht zusammenfinden. Wir haben aber nicht erklärt, dass wir dann vier Jahre nichts tun, sondern wir haben uns zum Ersten committet, zu sagen: Wir tun etwas in der Frage der Endlagerung. Dort stehen wir in der Verantwortung für künftige Generationen. Wir haben uns zum Zweiten committet, zu sagen: Wir tun etwas im Bereich der Versorgungssicherheit. In den letzten Monaten ist uns sehr deutlich vor

Dr. Michael Meister

- (A) Augen geführt worden, dass dort Handlungsbedarf besteht. Wir haben zum Dritten deutlich gemacht, dass wir im Bereich der Energieeffizienz Vorgaben machen wollen, die dafür sorgen, dass wir die Ressourcen, die wir einsetzen, mit mehr Effizienz günstiger zum Wirken bringen. Das heißt: Diese Koalition handelt und bringt Deutschland und Europa voran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun gibt es einen Grundsatzstreit darüber, inwieweit man dabei das Ordnungsrecht oder die Wettbewerbspolitik bemüht. Trotz aller Kinderkrankheiten, die wir im Zusammenhang mit dem Emissionshandelssystem gesehen haben, ist es ein marktwirtschaftlicher Anreiz, den wir in den künftigen Stufen weiter verfeinern sollten. Auch international sollten wir dafür werben, dass dies nicht nur innerhalb der Europäischen Union, sondern auch weltweit zum Einsatz kommt. Deshalb würde ich mich freuen, wenn es in den Gesprächen zwischen der Europäischen Union und den USA möglich wäre, zu erreichen, auch nordöstliche Bundesstaaten der USA in dieses **Handelssystem** einzubeziehen und es so Stück für Stück zu erweitern. Ich glaube, dass wir mit marktwirtschaftlichen Instrumenten dem Klimaschutz einen wesentlich besseren Dienst leisten, als wenn wir weltweit mit ordnungspolitischen Vorgaben agieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe vorhin die guten Technologien, insbesondere bezogen auf den Klima- und Umweltschutz, angesprochen. Es reicht natürlich nicht, nur Forschung und Technologieentwicklung zu betreiben, sondern wir müssen in Deutschland dafür sorgen, dass es am Ende auch marktgängige Produkte gibt. An dieser Stelle besteht dringend Handlungsbedarf.

- (B) Ich sehe die Unternehmensteuerreform positiv, aber sie muss durch ein **Unternehmensbeteiligungsgesetz** flankiert werden, das es ermöglicht, gerade kleinere Unternehmen mit neuen Ideen, mit neuen Marktchancen einfacher mit Risikokapital, Wagniskapital zu versorgen, sodass der Transfer von der Idee zum marktgängigen Produkt vorankommt. Ich glaube, an dieser Stelle liegen mehr Chancen als Risiken für unsere Volkswirtschaft. Deshalb sollten wir nicht Bedenken vor uns hertragen, sondern schnell und in richtiger Weise ein Unternehmensbeteiligungsgesetz ins Gesetzblatt bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen hierbei in Europa ein Stück weit vorangehen.

Anscheinend hat nicht jedes Mitglied des Hohen Hauses im Kopf, dass wir gegenwärtig eine vernünftige **wirtschaftliche Entwicklung** haben. Deshalb will ich noch einmal einige wenige Daten nennen: Wir hatten im vergangenen Jahr, wenn man es kalenderbereinigt betrachtet, ein Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Man erkennt, dass das eine gewaltige Leistung ist, wenn man die Vorjahre betrachtet, in denen wir sozusagen gar keinen Anlauf hatten, sondern uns mit Stagnation und Nullwachstum herumgeplagt haben. Wir haben im Hinblick auf die

- Maastrichtdefizitquote eine Halbierung des Defizits erreicht. Auch das ist ein gewaltiger Schritt nach vorne; wir sollten aber nicht nachlassen, weiter an dieser Baustelle, am Abbau des strukturellen Defizits, zu arbeiten. (C)

Im Bereich der **Umsetzung von Richtlinien** des EU-Binnenmarkts waren wir zum ersten Mal nicht schlechter als der Durchschnitt; wir haben das Niveau erreicht, das die EU insgesamt bei der Umsetzung von Richtlinien einnimmt. Ich möchte der Bundesregierung ausdrücklich Anerkennung dafür aussprechen, dass sie die Zielmarke, die Hürde jetzt höherlegt und sich – im Sinne eines einheitlichen EU-Binnenmarktes – bei der Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien noch weiter nach vorne begeben möchte. Das ist ein starkes Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zum gemeinsamen Binnenmarkt und ein richtiger Ansatz, um mehr Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir beschäftigen uns gegenwärtig in der Europäischen Union mit der Frage, wie insbesondere im Bereich der **Energie** der gemeinsame Binnenmarkt ausgestaltet werden soll. Es gibt Vorschläge aus der Kommission; hier stellt man sich die Frage, ob man bei Kartellverstößen im Bereich der Netze möglicherweise eine Enteignung der Betreiber dieser Netze in Betracht ziehen sollte. Ich glaube, es ist für die Debatte nicht schädlich, wenn eine gewisse Drohkulisse aufgebaut wird. Ich denke aber auch, dass der vorgeschlagene Weg, den unser Bundesminister Glos als gegenwärtiger Vorsitzender des Ministerrats in die Debatte eingebracht hat, richtig ist: Man sollte zunächst einmal stufenweise vorgehen und überlegen, ob man bei der Missbrauchsaufsicht vorübergehend verschärfte Regeln anwendet, ob man im Bereich der Nutzung der Netze eine Anreizregulierung und einen diskriminierungsfreien Zugang herbeiführen kann, ohne sofort mit der Ultima Ratio, mit einer Enteignung, zu drohen. Ich hoffe und wünsche, dass dieser Gedanke auf fruchtbaren Boden fällt und eine Option darstellt, das Ziel zu erreichen, ohne dass man mit eigentumsrechtlichen Eingriffen ein Stück weit Unsicherheit und fehlende Planungssicherheit herbeiführt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, ich begrüße ausdrücklich den Kabinettsbeschluss von gestern – Sie haben vorhin darauf hingewiesen –: Auch die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich jetzt beim **Bürokratieabbau** zum 25-Prozent-Ziel, bezogen auf die nationale Ebene. Damit geht sie, was das Volumen betrifft, im Gleichschritt mit Europa vor.

(Markus Löning [FDP]: Gleichstellung! Antidiskriminierungsgesetz!)

Ich begrüße auch, dass Sie denselben Zeithorizont gewählt haben. Als Mitglied des Deutschen Bundestages wünsche ich mir allerdings, dass wir noch in dieser Wahlperiode einen Zwischenbericht bekommen, aus dem wir erfahren, wie weit wir zur Halbzeit bei der Erreichung dieses Zieles gelangt sind. Ich hoffe, dass wir als Parlament diesen Prozess vernünftig unterstützen,

Dr. Michael Meister

- (A) damit wir beim Bürokratieabbau in Deutschland vorankommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass das 25-Prozent-Ziel auf europäischer Ebene vereinbart worden ist. Auch dies ist ein Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft, den wir nicht zu gering schätzen dürfen. Ich hoffe und wünsche, dass auch unsere Kollegen im Europäischen Parlament in Zukunft bei der Gesetzesberatung davon profitieren können, was wir zum 1. Januar eingeführt haben: In jedem Gesetzentwurf der Bundesregierung wird uns mitgeteilt, wie viel Bürokratie durch ihn eingespart oder neu verursacht wird, sodass wir in voller Kenntnis dieser Wirkungen unsere Beratungen führen können. Das ist für mich als Parlamentarier ein Gewinn.

Ich möchte eine letzte Bemerkung zum Thema **Wettbewerbspolitik** machen. Wir erleben in Europa einen grundsätzlichen Philosophiestreit: Benötigen wir mehr Wettbewerbspolitik oder mehr Industriepolitik? Für die Bundesrepublik Deutschland als offene Volkswirtschaft kann es an dieser Stelle keine Frage geben: Wir müssen uns für mehr Wettbewerbspolitik entscheiden, damit wir als Exportnation bei Dienstleistungen und Produkten davon profitieren.

- (B) Herr Minister Glos, deshalb wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei den Verhandlungen über das gemeinsame Öffnen der Post- und der Briefmärkte in Europa. Dies ist eine wichtige Anstrengung dafür, dass sich die am Binnenmarkt beteiligten Länder auf europäischer Ebene insgesamt dazu verpflichten, gemeinsam die europäischen Märkte frühzeitig und rechtzeitig zu öffnen und damit auch die Exportchancen deutscher Unternehmen auf diesen Märkten zu stärken. Ich glaube, das ist die richtige Strategie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben die Übung, dass wir vor dem Gipfel miteinander diskutieren. Ich hoffe, dass all die guten Gedanken und Vorschläge, die heute Morgen vorgetragen wurden, das Ergebnis des Gipfels ein Stück weit befruchten werden, und wünsche allen Beteiligten viel Erfolg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Renate Künast für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nichts ist unmöglich – Toyota!)

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin, ich muss ehrlich sagen: Für mich war diese Regierungserklärung hinsichtlich der Ziele, die Sie sich

- (C) für die nächste Woche gesetzt haben, ein Stück mit sozialer Kühle und, ehrlich gesagt, nicht mit hinreichend großem Ehrgeiz versehen, auch wenn Sie versucht haben, das Thema Klima auf Ihre Agenda zu schreiben.

Ich will Ihnen auch sagen, warum sie für mich mit wenig Ehrgeiz versehen war: Es geht nicht nur um den Regierungsgipfel in der nächsten Woche, sondern in diesem Monat, im März, feiern wir auch 50 Jahre Römische Verträge. Ich hätte mir schon gewünscht, dass eine deutsche Bundeskanzlerin hier sehr selbstbewusst zum Beispiel in Richtung der USA sagt: Wir akzeptieren nicht die Raketenstationierung in Polen und Tschechien – und schon gar nicht mit der Begründung, dass mit diesen iranische Raketen abgewehrt werden sollen. Wir akzeptieren einen solchen Umgang mit uns nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich spreche von sozialer Kühle, weil mich der Satz, der in Ihrem Redemanuskript so gar nicht stand, erschrocken hat, wonach das Wachstum sozusagen Voraussetzung sei, damit man mit den entsprechenden Früchten Solidarität mit anderen üben könne. Mich hat schon erschrocken, dass Sie behauptet haben, die Doharunde, die **Welthandelsrunde**, sei, wenn sie jetzt zum Erfolg wird, etwas Gutes für die Entwicklungsländer.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Man kann Geld nur ausgeben, wenn man es vorher erwirtschaftet hat!)

- (D) Wir wissen, dass diese Welthandelsrunde auf der Basis der Kriterien von 2001 durch den Ablauf der Zeit längst überholt ist. Die Welthandelsrunde propagiert noch eine Art des freien Handels, durch den das Soziale – schon gar nicht das Thema Klima – nicht mit eingeschlossen wird. Es gibt Länder – gerade die Entwicklungsländer –, die mittlerweile unter den Wetterextremen in den Küstenregionen und auf Inseln leiden. Ich hätte mir gewünscht, dass eine deutsche Bundeskanzlerin hier sagt: Bevor diese Welthandelsrunde zu Ende geht, müsste man eigentlich noch einen Schub erreichen und betonen, dass man nicht die Welthandelsrunde von 2001 will, sondern dass man will, dass die Lösungen beim Thema Klima in den Welthandel einbezogen werden, weil das ein aktuelles Problem ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt habe ich mich auch gewundert, dass Sie heute noch sagen, man müsse bis 2020 beweisen, dass **Ökologie** und **Ökonomie** miteinander versöhnt werden können. Ich dachte eigentlich, darüber sind wir längst hinaus. Bei der ökologischen Frage geht es nicht mehr nur um die Ökologie, sondern sie ist die zentrale Überlebens- und ökonomische Frage, weil Sie sich ohne deren Beantwortung alles andere sparen können. Deshalb gibt es nichts zu versöhnen. Es gehört zwingend zueinander.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich jetzt über die Perspektive für **2020** nachdenke – dieses Jahr haben wir alle ja als Zielstellung –, dann muss ich Ihnen sagen: Wir haben nicht mehr viel

## Renate Künast

- (A) Zeit. Es sind nur noch 13 Jahre, und wir müssen jetzt massive Maßnahmen ergreifen. Frau Bundeskanzlerin, ich muss Ihnen sagen: Bei der Klimaschutzfrage geht es ja nicht nur um eine Option, uns hinsichtlich des Wachstums weiterzuentwickeln, sondern es geht um eine zwingende Notwendigkeit in einem engen Zeitfenster.

Ich finde, Sie haben sich an dieser Stelle in den letzten Wochen nicht hervorgetan. Es war eher peinlich, dass der Nationale Allokationsplan von Brüssel umgedreht werden musste. Ich weiß, dass Sie sich in Wahrheit darüber ärgern, Frau Merkel. Es war peinlich, wie Sie sich vor die kurzfristigen Interessen der Vorstände der deutschen Automobilkonzerne gestellt haben,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Toyota!)

statt sich lieber mit den Betriebsräten – zum Beispiel von Opel – zu verbünden, die sagen, dass wir in Deutschland endlich mehr als nur *ein* ökologisches Auto herstellen müssen, weil daran unsere Mobilität und Arbeitsplätze in diesem Land hängen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann aber muss man Mut zeigen und nicht vor den Lobbyisten in vorauseilendem Gehorsam gleich in die Knie gehen.

Wir wollen von Europa mehr als diese von Ihnen jetzt endlich einmal auch persönlich genannte Reduzierung um 20 Prozent. Wir wissen, wir brauchen eine Reduzierung um 30 Prozent. Wir wollen, dass der durchschnittliche Maximalausstoß 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer beträgt – ohne Trickserei mit Biokraftstoffen.

(B)

Wir wollen im Übrigen auch, dass die Europäische Union dafür sorgt, dass bei **Biokraftstoffen** auch wirklich Biokraftstoffe drin sind und nicht nur „Biokraftstoff“ draufsteht. Es braucht feste Regeln und Standards für Biokraftstoffe, sonst steht zwar „Bio“ drauf, aber in Wahrheit ist damit eine Abholzung der Regenwälder verbunden. Auch das ist keine Klimaschutzpolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss den Mut haben, Frau Merkel, die Politik so zu strukturieren, dass am Ende nicht nur die großen Mineralölkonzerne Geld durch die Veränderungen verdienen. Wir sagen ganz ehrlich: Quer durch Europa im ländlichen Raum sollen Arbeitsplätze für die Einheimischen entstehen. Zukunftsfähige Energiepolitik muss nämlich dezentral ausgerichtet sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe den Eindruck, Frau Merkel, Sie haben sich zwei Berater geholt und gehen deshalb in zwei unterschiedliche Richtungen. Für sonntags haben Sie Herrn Schellnhuber als renommierten Klimaforscher, für wochentags Lars Josefsson, den Chef der Kohle- und Atomorganisation Vattenfall. Wir brauchen mehr Schellnhuber und weniger Josefsson.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen von Ihnen mehr Führung, weniger Moderation.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Wir brauchen weniger Künast!) (C)

Wir brauchen das Tun des Nötigen und weniger Einknicken vor kurzfristigen Lobbyinteressen. Ich kann es auch in einem Satz sagen: In Ihrer Klima- und Europapolitik steckt für meine Begriffe immer noch zu viel Lobbyismus und zu wenig Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ihr seid die größten Lobbyisten! Toyota!)

Wir sollten uns nichts vormachen: Wenn wir von den Menschen verlangen, dass sie ihr **persönliches Verhalten** ändern, dann müssen auch wir uns eingestehen, Frau Merkel, dass es nicht um immer mehr Wachstum gehen kann. Zwar muss jeder Einzelne für sich überlegen, wie er mobil sein kann und was er isst. Zugleich müssen wir aber auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen anders wohnen können, anders mobil sein können, anders essen können und dass ganz anders als bisher produziert wird. Dabei muss aber klar sein, dass die entsprechenden Produkte auf dem deutschen bzw. europäischen Markt hergestellt worden sind. Diese Vorbildfunktion fehlt mir in den von Ihnen auf europäischer Ebene angestoßenen Programmen. Es geht nämlich nicht nur darum, gut zu sein und die entsprechenden Technologien dann eines Tages nach China zu exportieren. Sondern wir müssen ein Nachahmungsbedürfnis bzw. einen Nachahmungsdruck bei den Chinesen und Indern auslösen.

Ich will Ihnen anhand eines Beispiels aufzeigen, wie das gehen könnte. Frau Merkel, wenn Sie darüber reden – vielleicht diskutieren Sie jetzt schon die ganze Zeit mit Ihrem Außenminister darüber – (D)

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Genau so ist es!)

– genauso ist es –, dass Sie das transatlantische Bündnis neu begründen und ausbauen wollen, dann sollten Sie dabei auch dementsprechend handeln, statt immer nur auf George Bush und das Weiße Haus zu schauen. Dieser Mann ist sowieso ein Auslaufmodell. Dieser Mann denkt bei Energiepolitik nur an den Zugang zu Energieressourcen. Um wirkliche Alternativen bemühen sich dagegen 400 Bürgermeister aus den Westküstenstaaten sowie die Nordoststaaten der USA. Wenn Tony Blair zu Arnold Schwarzenegger fährt, um mit ihm über gemeinsame Aktivitäten zu sprechen, dann sollten auch Deutschland und die Europäische Union in der Lage sein, zum Beispiel die Regional Greenhouse Gas Initiative der Nordoststaaten der USA aufzugreifen. So wäre es möglich, zehn Bundesstaaten im Nordosten der USA mit in unser Emissionshandelssystem einzubeziehen. Dabei könnten wir sogar von denen noch lernen, Frau Merkel; denn diese Staaten werden ab 1. Januar 2009 100 Prozent der Emissionsrechte versteigern. So könnte man ein **internationales Handelssystem** aufbauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, Frau Merkel, hätte man auch ein wirkliches Kernstück für die weiteren Kiotoverhandlungen. Wir wissen doch: Wenn-dann-Erklärungen haben viele abgegeben;

**Renate Künast**

- (A) selbst die USA haben gesagt: Wenn die anderen, dann auch wir. Das darf uns bei Kioto nicht noch einmal drohen.

Wir brauchen vom europäischen Gipfel nächste Woche ein ganz klares Zeichen, nämlich: Nach 50 Jahren Römischen Verträgen begründet sich die Europäische Union neu. 2020 soll man – das würde ich Ihnen und uns wünschen – sagen können: Eine Kanzlerin hat dafür gesorgt, dass die Europäische Union sich Anfang März 2007 klar für ein Ende des fossilen Zeitalters ausspricht und wir mit anderen vorangehen und die alternativen Energien begründen.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin!

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Damit würden Sie allen Europäerinnen und Europäern einen Gefallen tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

**Ulrich Kelber (SPD):**

- (B) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin gehört: Die Europäische Union wird in der nächsten Woche ihre Ziele zum Klimaschutz festlegen. Entscheidend wird sein, ob es verbindliche Ziele sind. Alles darunter wäre angesichts des zu bewältigenden Problems zu wenig. Es passt aber gut, dass diese Ziele auf einem Gipfel festgelegt werden sollen, der sich mit der Lissabonstrategie befasst, also der Frage, wie die Europäische Union zum innovativsten und produktivsten Wirtschaftsstandort der Welt werden soll. Denn Technologien zur Sicherung des Klimaschutzes, für erneuerbare Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz sind der entscheidende Beitrag zur Innovationsfähigkeit; sie sind eine Leittechnologie der nächsten Jahrzehnte.

Wir wollen **Vorreiter beim Klimaschutz** sein, weil es unsere Verantwortung gebietet und weil wir uns handfeste wirtschaftliche Vorteile davon versprechen.

(Beifall bei der SPD)

Klimaschutz ist eine immense technologische Herausforderung, vielleicht die größte technologische Herausforderung, vor der die Welt und unser Land bisher gestanden haben. Aber Klimaschutz ist keineswegs mühselig, sondern eine einmalige Chance für neue Jobs, bessere Lebensbedingungen, geringere Energierechnungen, mehr weltweite Entwicklung und weniger Konflikte um Ressourcen.

Wir wollen Vorreiter beim Klimaschutz sein – als Europäische Union in der Welt und als Deutschland innerhalb der Europäischen Union. Wer das ablehnt, spielt nicht nur ein gefährliches Spiel in Bezug auf den Klima-

schutz, sondern gefährdet auch Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. (C)

(Beifall bei der SPD)

Denn die Entscheidung, Vorreiter sein zu wollen – damals gegen die Stimmen der andersgearteten Opposition im Deutschen Bundestag –, hat dazu geführt, dass wir allein im Bereich der erneuerbaren Energien 215 000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen haben. In den nächsten Jahren können es 500 000 werden; denn auch die Exportraten dieser Technologien steigen rasant. Weitere Arbeitsplätze werden im Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens dazukommen.

Wenn die Politik das will, muss sie klare **Vorgaben** machen: für kurzfristige Änderungen, für mittelfristige Umstellungen und für die langfristigen Rahmenbedingungen für Investitionen. Bundespräsident Horst Köhler hat jetzt zu Recht den mangelnden Mut der Politik zu solchen Entscheidungen und den mangelnden Willen der Industrie zu freiwilligem Handeln kritisiert. Zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft hat er dabei eine wichtige Forderung aufgestellt – ich zitiere –:

Der Staat darf sich nicht scheuen, vorausschauend Ziele zu setzen, und die Industrie muss darauf antworten. Der Markt allein wird es nicht richten.

Deswegen kann ich es nicht mehr hören, wenn die Wirtschaftsminister der Europäischen Union in einer Art Arbeitsteilung zwischen den zuständigen Ministern immer so tun, als seien Klimaschutz und Wirtschaftswachstum ein Gegensatz. Ich würde diesen Wirtschaftsministern – dazu gehören übrigens auch die einiger Bundesländer – gerne die Studie des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern, der gezeigt hat, dass ein ungebremster Klimawandel eine weltweite dramatische Rezession auslösen würde, zur Pflichtlektüre machen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass die Regierungschefs der Europäischen Union wesentlich weiter sind als ihre Wirtschaftsminister und nächste Woche verbindliche Entscheidungen zum Klimaschutz treffen. An erster Stelle steht eine verbindliche Entscheidung zur **Senkung der Treibhausgasemissionen**. Ich glaube, dass die Ankündigung, sich einseitig auf eine Senkung von mindestens 20 Prozent zu verpflichten, egal was die USA und Australien machen, ein sehr gutes Signal ist, weil es jedem in Europa sagt: Egal was bei den weltweiten Verhandlungen herauskommt, ihr könnt euch darauf einstellen, dass es im Klimaschutz weitergeht und dass es beschleunigt weitergeht. – Es ist auch ein klares Signal an die Entwicklungs- und Schwellenländer, dass zumindest Europa es mit dem Thema ernst meint und alle mit an Bord nehmen will. Ich sage dazu: Persönlich würde ich mir wünschen, dass wir einseitig eine Senkung um 30 Prozent verbindlich erklären; denn es war immer die Linie der Europäischen Union, dafür zu sorgen, dass die Erwärmung auf maximal 2 Grad beschränkt wird, um sie kontrollieren zu können. Dazu wäre eine Reduzierung um 30 Prozent notwendig.



Ulrich Kelber

- (A) Zweites verbindliches Ziel muss sein, dass die **erneuerbaren Energien** bis 2020 einen Anteil von mindestens 20 Prozent am Energiemix in der Europäischen Union haben, verbunden mit verbindlichen Sektorzielen für Strom, Wärme und Kraftstoffe.

Drittes verbindliches Ziel muss eine Steigerung der **Energieeffizienz** bis 2020 um mindestens 20 Prozent über dem Trend sein. Wichtigstes Instrument zur Umsetzung muss das von Deutschland auf Initiative der SPD vorgeschlagene Top-Runner-Prinzip sein, also die Idee, dass die energieeffizientesten Elektrogeräte und andere Produkte den Standard setzen, den andere Hersteller innerhalb weniger Jahre erreichen müssen, um am Markt bleiben zu können. Dann würden übrigens Anachronismen wie Glühbirnen – das war eine interessante Diskussion – oder Stand-by-Schaltungen schnell vom Markt verschwinden, weil es einen Wettlauf der kreativen Köpfe um die Entwicklung der energieeffizientesten Geräte gibt.

Herr Bundesminister Glos, ich bin zuversichtlich, dass Sie und Ihre Mitarbeiter sich ab jetzt energisch für diesen Top-Runner-Vorschlag in Brüssel einsetzen werden. Er steht ja immerhin auch im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Des Menschen Glaube ist sein Himmelreich!)

- (B) Viertes verbindliches Ziel muss die schnelle Entwicklung der Technologie zur **Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid** aus Kohle- und Gaskraftwerken werden. Wir brauchen diese Kraftwerke als Übergangstechnologie bis zum vollständigen solaren Zeitalter noch etwa bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Damit aber die Unternehmen, die bereit sind, eine neue, aber natürlich auch kostenintensive Technologie zu entwickeln, klare wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorfinden, muss die EU verbindlich festlegen, dass die Nutzung dieser neu entwickelten Technologie vorgeschrieben wird, um zu verhindern, dass das eine Unternehmen eine teure und saubere Technologie anbietet, während das andere Unternehmen mit einer billigen, aber dreckigen Technologie am Markt bleiben kann. Eine verbindliche Vorgabe zur Nutzung dieser Energie gehört also dazu.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gute Chancen, solche verbindlichen Ziele zu erreichen, wenn wir es mit der eigenen Vorreiterrolle beim Klimaschutz ernst meinen und den Klimaschutz weiter stärken. Für diese Glaubwürdigkeit war das Possenspiel rund um die Klimaschutzziele beim Auto nicht zielführend. Die **Automobilindustrie** hat versagt und das Instrument der Selbstverpflichtung restlos diskreditiert.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der vorhin erwähnten scharfen Kritik des Herrn Bundespräsidenten daran ist nichts hinzuzufügen. Man muss allerdings erwähnen, dass er die beteiligten Politikerinnen und Politiker in der gleichen Weise ermahnt hat.

(C) Entscheidend ist, ob der Deutsche Bundestag durchsetzt, dass sein Beschluss von vor wenigen Wochen, nämlich den **CO<sub>2</sub>-Ausstoß** bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren – pro Kopf gesehen ist Deutschland der größte CO<sub>2</sub>-Emittent in Europa –, mit effektiven Maßnahmen unterlegt wird. Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ist eine gute Grundlage dafür. In ihm wird dargestellt – Maßnahme für Maßnahme –, wie man die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent reduzieren kann.

Übrigens steht in diesem Bericht auch, wie man dies tun kann und gleichzeitig den dringend notwendigen Ausstieg aus der **Atomenergie** betreiben kann. Es hat ja in den letzten Wochen Politikerinnen und Politiker gegeben, die darum gebeten haben, man möge ihnen das genau erklären. In dem Bericht des Deutschen Bundestages ist dies schwarz auf weiß nachzulesen.

Herr Kollege Westerwelle, man kann ja bei der Atomenergie geteilter Meinung sein, aber wer behauptet – Ihre Formulierung können wir im Protokoll nachlesen –, dies sei die wichtigste Frage in der Energiepolitik, der hat gefährlich wenig verstanden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D) Ich gebe Ihnen drei Zahlen mit auf den Weg. Der Anteil der Atomenergie am gesamten deutschen Endenergieverbrauch liegt unter 6 Prozent, am gesamten Weltendenergieverbrauch liegt er unter 4 Prozent. Um nur 10 Prozent der fossilen Energie durch Atomenergie weltweit zu ersetzen, müsste man zu den schon bestehenden 437 Atomkraftwerken 1 000 bis 2 000 neue bauen. Dann sagen Sie, dass Sie das wollen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wo!)

Dann sagen Sie laut, wo die entsprechenden Standorte in Deutschland liegen sollen. Da bin ich gespannt; bei dieser Debatte bin ich gern dabei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erneuerbaren Energien bieten uns eine völlig andere Chance. Die neue Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt hat gezeigt, dass man mithilfe von Energieeffizienz und Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2050 die **Treibhausgasemissionen** um 80 Prozent reduzieren kann. Das ist das Traumziel der Klimaforscher. Wenn wir das dem Herrn Schellnhuber erzählen, dann springt er vor Freude an die Decke.

Es ist also notwendig, die Erfolgsgeschichte des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Strombereich, nämlich die Schaffung von 215 000 neuen Arbeitsplätzen, endlich auf den **Wärme- und Kraftstoffbereich** in gleicher Qualität zu übertragen. Dann schaffen wir es wie bei den erneuerbaren Energien im Strombereich, wo bereits 2007 das 2010-Ziel erreicht worden ist, auch hier die Potenziale zu überschreiten.

Die Unterschätzung der Potenziale in diesem Bereich hat Konjunktur. Die Internationale Energieagentur hat

Ulrich Kelber

- (A) 1998 für 2030 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieversorgung vorausgesagt, den wir bereits 2006, also nach acht Jahren anstatt nach 32 Jahren, erreicht haben. Das ist die Realität.

In den letzten Tagen gab es einen schnellen Wettlauf dahin gehend, wer die höchsten Ausbauziele vorschlägt; jede Partei hatte sich daran beteiligt. Ich hoffe, dieser Schwung hält auch noch in den Debatten über ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und über die Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz an. Denn auf unseren wirtschaftlichen Lorbeeren können wir uns nicht ausruhen. Die neue Mehrheit im **US-Senat** und im -Kongress hat Steuererleichterungen in Höhe von 14 Milliarden Euro für Ölfirmen gestrichen und diese Mittel vollständig auf die Förderung der erneuerbaren Energien übertragen. Die wollen uns in dem Wettbewerb um die Weltmarktführerschaft Konkurrenz machen. Das heißt, wir müssen nicht langsamer, sondern schneller in der Förderung der erneuerbaren Energien werden.

Das gilt übrigens auch für die hocheffiziente **Kraft-Wärme-Koppelung**. Wir sind das Warten leid; denn die Technologie, die am besten Rohstoffe ausnutzt und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen spart, kommt nicht vorwärts. Wir von der SPD werden im März einen eigenen Gesetzentwurf im Rahmen der Koalition einbringen. Wir erwarten noch in diesem Halbjahr an dieser Stelle eine Beschlussfassung. Dies ist in der Koalition klar vereinbart, und dies werden wir auch durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie sehen an diesen Beispielen, dass man andere dann überzeugend zum Handeln auffordern kann, wenn man selbst handelt. Deswegen hoffe ich, dass von Deutschlands Initiative auf dem EU-Gipfel einiges ausgeht, insbesondere der Mut zur Verabschiedung eigener Instrumente im Klimaschutz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Markus Löning für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Markus Löning (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben von der Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung gehört, die hinreichend wolkig, aber erschreckend unambitioniert war; wenn ich das einmal so sagen darf. Sie hat einiges zum Thema **Lissabonprozess** gesagt. Sie hat sehr deutlich festgestellt: Wir teilen die Ziele der Lissabonstrategie, nämlich dass Europa zum wettbewerbsfähigsten, wachstumsstärksten und innovativsten Standort auf dieser Welt werden soll. Sie hat aber auch gesagt: Wir sind noch weit davon entfernt, diese Ziele auch nur im Ansatz zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Dazu, wie hier über das **Wachstum** in Deutschland geredet wird, muss ich sagen: Das ist noch viel unambitionierter und erschreckender. Wir liegen nach wie vor unter dem Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der EU 15. Wir fallen weiter zurück. Wir sind unter Rot-Grün im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt pro Kopf auf den zehnten Platz zurückgefallen. Wir sind dabei, weiter nach hinten zu rutschen; darüber können all die Steigerungszahlen in Deutschland nicht hinwegtäuschen. Andere sind viel besser als wir. Ich würde mir von dieser Bundesregierung wünschen, dass sie den Ehrgeiz hat, unser Land wieder an die Spitze in Europa zu führen, was das Wachstum und die Wirtschaftskraft angeht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bodewig, wie Sie sich hier äußern! Ich weiß nicht, warum Sie all diese Bürokratie und **Regulierungen**, die Deutschland so wenig erfolgreich gemacht haben, jetzt auch noch auf Europa übertragen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das versuchen, führt das in die Irre, Herr Bodewig.

(Kurt Bodewig [SPD]: Hören Sie einfach zu! Dann wissen Sie, was richtig ist!)

Es gibt aus meiner Sicht einen ähnlichen Mangel an Ehrgeiz, was das Thema der **Verfassung** angeht. Es reicht eben nicht, zu sagen: Wir brauchen eine neue Verfassung, und irgendwie bekommen wir auch einen Zeitplan hin. Ich frage mich: Wie wollen wir das angesichts der Debatten in Frankreich und in Holland, aber vor allem angesichts der Debatten unserer polnischen und tschechischen Freunde erreichen? Was sagen wir zu dem, was der polnische und der tschechische Präsident öffentlich äußern, nämlich dass sie keinen Druck sehen, Europa dadurch nach vorne zu bringen, dass wir wieder eine Verfassung auf den Weg bringen? Hier liegt ein großes Stück Arbeit vor uns. Da reicht es nicht, so zu tun, als wären sich schon alle Europäer einig und als würde das demnächst umgesetzt. Ich würde mir hier deutlich klarere Vorgaben wünschen.

Eines sollten wir als Deutsche sagen: Wir brauchen **institutionelle Reformen**. Wenn Europa handlungsfähig bleiben soll, brauchen wir auf jeden Fall institutionelle Reformen. Aber wir brauchen auch Fortschritte in den Substanzbereichen, das heißt eine engere Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz. Die Bürger erwarten von uns zu Recht, dass Europa in der **polizeilichen Zusammenarbeit** Fortschritte macht und dass wir gemeinsam Verbrechen bekämpfen, wenn Verbrechen grenzüberschreitend geschehen. Sie erwarten – das höre ich auf jeder Veranstaltung, auf der ich mit Bürgern, mit Schülern diskutiere –, dass Deutschland zur **Außenpolitik** mit den anderen Europäern in einer Sprache und mit einer Stimme spricht. Ich wünsche mir, dass diese Substanzbereiche der europäischen Politik stärker in den Vordergrund gerückt werden. Ich wünsche mir, dass diese auch als Ziele, die zu erreichen sind, vorangestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning

- (A) Ich wünsche mir von dieser Bundesregierung mehr – auch öffentlich gezeigten – Ehrgeiz in der Frage der Verfassung. Ich wünsche mir auch noch etwas mehr Ehrgeiz von unserem eigenen Haus, von uns Abgeordneten. Wir beklagen seit Jahren das Demokratiedefizit in der Europäischen Union; ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt. Aber eines ist klar: Die Beteiligung des Deutschen Bundestages an **Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene** lässt stark zu wünschen übrig.

(Beifall bei der FDP)

Das liegt nicht daran, dass die Regeln so sind, wie sie sind. Es liegt schlichtweg daran, dass wir als Abgeordnete – hier schaue ich insbesondere die Kollegen von der Großen Koalition an – scheinbar nicht genügend Selbstbewusstsein haben, uns die europäische Rechtsetzung frühzeitig anzuschauen und uns in die Debatte einzuklinken, indem wir die Debatte darüber hier im Deutschen Bundestag führen. Das müssen wir ändern.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Wir haben die Initiative ergriffen, die Kompetenz verbessert! – Kurt Bodewig [SPD]: Wer hat denn die Vereinbarung mit der Bundesregierung geschlossen?)

Das würde aus meiner Sicht auch dazu führen, dass die Debatten über europapolitische Fragen in der deutschen Öffentlichkeit früher stattfinden und damit für die Bürger nachvollziehbarer und transparenter sind. Das würde ich mir wünschen. Das würde auch die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung deutlich erhöhen.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Westerwelle das Wort.

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Herr Präsident! Ich möchte im Rahmen dieser Kurzintervention mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass wir hier über eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin sprechen und weder das Bundeskanzleramt noch das Auswärtige Amt auf der **Regierungsbank** vertreten sind. Das halte ich für eine Respektlosigkeit gegenüber denjenigen, die in diesem Hause an dieser Debatte teilnehmen. Dass die Kanzlerin selbst nicht teilnehmen kann, ist selbstverständlich. Aber die Regierungsbank sollte vertreten sein.

(Beifall bei der FDP – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Die Kanzlerin ist hier!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zu einer weiteren Kurzintervention erhält der Kollege Scholz das Wort.

**Olaf Scholz (SPD):**

Ich möchte den Kollegen Westerwelle nur bitten, sich umzudrehen. Hinten in den Reihen der FDP-Fraktion sitzt die Kanzlerin.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zu einer Erwiderung auf den Hinweis des Kollegen Scholz erhält noch einmal der Kollege Westerwelle das Wort.

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Kollege Scholz, ich möchte Ihnen erwidern: Da gehört sie nicht hin!

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der CDU/CSU – Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Dann sind wir ja beruhigt!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nachdem nun die Ordnung der Verhältnisse zwischen Parlament und Regierung mindestens rhetorisch wiederhergestellt ist, setzen wir die Aussprache fort mit einem Beitrag des Kollegen Koschyk, der für die CDU/CSU-Fraktion das Wort ergreifen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Hartmut Koschyk (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Westerwelle, werde Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bringen Sie doch einmal etwas mehr Freude in diese europapolitische Debatte

(Dirk Niebel [FDP]: Noch mehr Freude?)

und begleiten Sie sie nicht so miesepetrig. Als die Kanzlerin vorhin in ihrer Regierungserklärung davon gesprochen hat, dass wir in wenigen Tagen, am 25. März, hier in Berlin das **50-jährige Bestehen der Europäischen Union** begehen werden, habe ich aus den Reihen der FDP gehört: Das hätte man auch in Rom machen können.

(D)

(Dirk Niebel [FDP]: Wir feiern den Fall der Mauer ja auch in Berlin!)

Ich finde es gut und richtig, dass wir „50 Jahre Europäische Union“ in Berlin begehen. In keiner anderen Stadt Europas fügt sich wie in einem Brennglas zusammen, was die Vision bei der Gründung der Europäischen Union gewesen ist, nämlich Teilung zu überwinden und Europa zusammenzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden „50 Jahre Europäische Union“ hier in Berlin auch dankbar begehen können, weil sich die Vision derjenigen, die dieses Europa vor 50 Jahren zu bauen begonnen haben, gerade in Berlin erfüllt.

Wenn wir uns die Geschichte der Europäischen Union ansehen, stellen wir fest: Alle Fortschritte hin zu dem heutigem Bestand in der Europäischen Union waren immer von **Skepsis** geprägt, von der Skepsis, ob es überhaupt gelingt, zu einem gemeinsamen Binnenmarkt zu kommen; von der Skepsis, ob es gelingt, zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu kommen; und von der

Hartmut Koschyk

- (A) Skepsis, ob es nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht gelingt, die Europäische Union nach Osten zu erweitern. Die Geschichte Europas hat alle Skeptiker widerlegt. Wir müssen aber erkennen, dass wir uns heute in einer Phase des europäischen Einigungsprozesses befinden, wo es darum geht, das Vertrauen der Bürger Europas in eine positive Fortentwicklung der Europäischen Union ein Stück weit neu zu gewinnen, ein Stück weit neu zu begründen.

Deshalb muss Europa erfolgreich sein. Europa muss vor allem auf die Frage eine Antwort finden, die die Bürger unmittelbar betrifft, nämlich, ob es gelingt, Europa im Konzert des globalen Wettbewerbs so aufzustellen, dass durch mehr Wachstum wieder mehr **Beschäftigung** entsteht. Es ist sicher richtig, dass wir in diesem Zusammenhang die Voraussetzungen in den einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen. Ich glaube, niemand kann übersehen, dass die Reformpolitik dieser Bundesregierung Deutschland wieder nach vorne gebracht hat, sodass wir heute, im Jahr 2007, wieder eine gute Perspektive für mehr Wachstum und Beschäftigung haben. Wir können selbstbewusst, aber nicht selbstzufrieden sagen: Deutschland schickt sich wieder an, Wachstums- und Beschäftigungslokomotive in Europa zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich ist es wichtig, dass wir national unsere Hausaufgaben machen.

- (B) (Markus Löning [FDP]: Das haben die anderen gar nicht nötig! Die haben nämlich alle weniger Arbeitslosigkeit als wir!)

Als ein Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft ist zu Recht der **Bürokratieabbau** formuliert worden. Es ist wichtig, dass wir in Deutschland zum 1. Januar den Normenkontrollrat und damit ein Bürokratiemessverfahren in Gang gesetzt haben, dass wir nach dem ersten Mittelstandsentlastungsgesetz nunmehr ein zweites Mittelstandsentlastungsgesetz auf den Weg gebracht haben. Wir sollten den Druck, der jetzt von Europa kommt, nämlich 25 Prozent der statistischen Nachweispflichten auch national abzubauen, als heilsam empfinden. Wir sollten aber auch stolz auf das sein, was diese Bundesregierung im Bereich des Bürokratieabbaus auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich will ein weiteres Thema nennen, das im Zuge der europäischen Ratspräsidentschaft von ganz entscheidender Bedeutung ist: **Energiesicherheit** in Europa. Ich bin dem Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar – das ist nämlich wichtig –, dass er auch national eine Politik fährt, die für mehr Wettbewerb sorgt, damit die Preise sinken; denn das ist im Interesse der Verbraucher.

Herr Westerwelle, der Kollege Meister hat zu Recht gesagt, dass es diesbezüglich einen Dissens in der Großen Koalition gibt. Wir stehen nicht hintan, zu sagen, dass wir der festen Überzeugung sind, dass Energie-

sicherheit in Europa und sichere Energieversorgung im Zusammenhang mit wirksamem Klimaschutz bedeuten, dass wir uns keinen Ausstieg aus der **Kernenergie** leisten können. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage aber auch: Die Kernenergie ist allenfalls eine Zwischen-, eine Übergangslösung. Es ist gut und richtig, dass diese Bundesregierung die Energieforschung vorantreibt;

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie einmal mit Herrn Pflüger!)

denn das Festhalten an der Kernenergie allein wird die Energieversorgungsprobleme Europas von morgen nicht lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörg van Essen [FDP]: Da sind wir nicht auseinander!)

Die Kanzlerin hat davon gesprochen, dass es wichtig ist, dass wir das Vertrauen der Menschen in Europa ein Stück weit neu begründen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir den Vorschlag unterstützen, den die Kanzlerin in diesem Zusammenhang eingebracht hat, nämlich, dass der Regulierungswahn auf der europäischen Ebene ein Stück weit dadurch sein Ende findet, dass Vorschläge der Kommission für Richtlinienentwürfe mit dem Ende einer Legislaturperiode des Europäischen Parlaments der **Diskontinuität** anheimfallen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was stellen wir denn fest? Es werden irgendwelche Dinge eronnen und auf den Weg gebracht, und selbst nach einer Neuwahl des Europäischen Parlaments, einer Neubildung der Europäischen Kommission wird so getan, als habe sich nichts verändert, nach dem Motto: Die Parlamente und die Kommissionen gehen, die Ideen der Bürokraten bleiben bestehen. Deshalb hat der Vorschlag, dass auch auf europäischer Ebene das Prinzip der Diskontinuität Geltung findet, unsere volle Unterstützung, Frau Bundeskanzlerin. Es ist wichtig, dass es gelingt, die Kommission, den Rat, vor allem aber auch das Parlament dafür zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Das ist besser als Kernkraft!)

Es ist in dieser Debatte mehrfach davon die Rede gewesen, dass es darum geht, die ehrgeizigen klimapolitischen Ziele mit der Notwendigkeit von Wachstum in Europa zu versöhnen und dass wir Ökologie und Ökonomie in einem Gleichklang betreiben. Hier hat die Kanzlerin zu Recht davon gesprochen, dass wir uns anstrengen müssen, um national und auch europäisch diese Ziele zu erfüllen. Unser Landesgruppenvorsitzender, Peter Ramsauer, hat mir gerade noch einmal gesagt, wie wichtig es in diesem Zusammenhang ist, den **Ausbau erneuerbarer Energien** voranzutreiben.

**Hartmut Koschyk**

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD] – Dirk Niebel [FDP]: Hätten Sie das ohne Ramsauer nicht gewusst? – Jörg Tauss [SPD]: Hallo! Koschyk lernt!)

– Lieber Herr Niebel, ich freue mich immer, wenn es Führungspolitiker bei uns gibt, die unser Bewusstseinspektrum ein Stück erweitern.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Niemand kann so klug sein wie ein FDP-Generalsekretär. Das ist klar.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass wir nicht nur beim Europa-Amerika-Gipfel mit den Vereinigten Staaten, nicht nur beim G-8-Gipfel in Heiligendamm mit den Chinesen über den Klimaschutz sprechen, sondern dass wir gerade auch im Hinblick auf unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit darauf setzen, dass wir in engem Kontakt mit den **Entwicklungsländern** und den **Schwel­len­län­dern** den Klimaschutz maßgeblich vorantreiben. Denn jeder Euro, den wir in diesem Zusammenhang in die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Schwellenländern investieren, hat einen viel stärkeren Effekt als alle Anstrengungen, die wir national und auf europäischer Ebene dafür aufwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Frau Bundeskanzlerin, Sie haben immer wieder davon gesprochen, dass es neben allen Zielen im Hinblick auf Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung darauf ankommt, die Grundlagen für das europäische Einigungswerk wieder zu beschreiben und sich auf sie zu besinnen. Wir sind Ihnen als CDU/CSU-Fraktion sehr dankbar, dass Sie nicht müde werden – gerade auch gestern bei der großartigen Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission –, einen **Gottesbezug** anzumahnen, wenn es darum geht, jetzt einen Anlauf für einen neuen europäischen Verfassungsvertrag zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir alle wissen, woran dies im ersten Anlauf gescheitert ist. Ich nehme es mir als frei gewählter Abgeordneter heraus, an unsere französischen Freunde zu appellieren,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Da können Sie lange appellieren!)

ihren Widerstand gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in einem europäischen Verfassungsvertrag ein Stück aufzugeben. Denn es tut der Selbstvergewisserung Europas gut.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die Franzosen der Verfassung zustimmen, wenn der Gottesbegriff drinsteht!)

– Lieber Herr Kollege Beck, dann sollte man ein Stück dafür werben und es nicht so oberflächlich betreiben, wie es der frühere Bundesaußenminister, der Ihrer Partei angehört, getan hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Hier lohnt sich ein Ringen mit allen, die einer Aufnahme des Gottesbezugs in einen europäischen Verfassungsvertrag skeptisch gegenüberstehen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Am besten lassen wir es daran scheitern! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir lassen es einfach daran scheitern! Das ist doch ein Vorschlag!)

Ich darf mit einem Zitat der Bundeskanzlerin beim Europaempfang der CDU/CSU-Fraktion von dieser Woche schließen. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben gesagt: Die größte Gefahr für die Demokratie ist die organisierte Verantwortungslosigkeit. – Was heißt das? Wir brauchen wieder klare Kompetenzzumessung, klare **Kompetenzabgrenzung** und ein klares Bekennen zu Verantwortlichkeiten auf der europäischen Ebene. Ich bin sicher, dass die deutsche Ratspräsidentschaft unter der deutschen Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, einen wichtigen Beitrag dazu leisten wird, dass durch mehr Transparenz und stärkere Kompetenzabgrenzung bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Vertrauen in das europäische Einigungswerk wachsen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

(D)

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Lieber Herr Koschyk, in Europa haben viele Religionen ihr Zuhause. Das sollte auch bei der CSU einmal ankommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin! Man sollte die Überschriften, die man über Regierungserklärungen setzt, immer auch auf die Wirklichkeit im eigenen Lande wirken lassen. Ich will jetzt nicht über den Bürokratieabbau beim Nichtraucherschutz in der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Aber wenn Sie zu Recht sagen, dass es beim europäischen Modell auch um soziale Gerechtigkeit geht, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Wie kommt es eigentlich, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, in fast allen Ländern Europas, die übrigens höhere Lohnsteigerungen und gelegentlich auch bessere ökonomische Zahlen als Deutschland verzeichnen können, dagegen abgesichert sind, dass ihr Lohn nicht unter ein bestimmtes Niveau sinkt?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer ernsthaft der Meinung ist, dass Europa auch ein Sozialmodell ist, der darf, wenn es im eigenen Land darum geht, beispielsweise für Friseurinnen oder für Menschen, die im Wachdienst arbeiten, einen **Mindestlohn** festzusetzen, nicht auf der Bremse stehen und blockie-

**Jürgen Trittin**

- (A) ren. Das macht all das Gerede von einem sozialeren Europa unglaublich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch und gerade mit Blick auf den Klimawandel. Wir alle sind uns einig: Die globale **Erwärmung** darf nicht um mehr als 2 Grad steigen. Ich zitiere:

Daher streben wir an, dass sich die EU auf ein ambitioniertes Minderungsziel für Treibhausgase von 30 % bis 2020 ... verpflichtet und für die anstehenden Klimaverhandlungen Vorschläge erarbeitet, wie weitere große Volkswirtschaften ... eingebunden werden können. Dies

– gemeint ist das Minderungsziel von 30 Prozent –

ist die Voraussetzung dafür, dass die EU glaubwürdig ihre Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik fortführt.

Meine Damen und Herren, das ist nicht das Programm der Grünen. Das ist das Präsidentschaftsprogramm der Bundesregierung, vorgelegt auf dem Umweltrat, dargestellt von Sigmar Gabriel. Er hat recht. Ich verteidige ihn für diese Sätze.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP], zu Bundesminister Sigmar Gabriel gewandt: Jetzt kommen Sie langsam in Schwierigkeiten!)

Es handelt sich um eine ganz einfache Feststellung: Mit einer **Minderung der Treibhausgase** um 20 Prozent werden wir das Klimaschutzziel der Verhinderung einer Erwärmung um mehr als 2 Grad nicht erreichen.

(B)

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie sind nicht mehr in der Regierung! Die Große Koalition braucht die Grünen nicht!)

Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Deswegen hätte ich von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, erwartet, dass Sie das, was Ihr Umweltminister zu Recht gesagt hat, in Ihrer Regierungserklärung gegen den nicht hinreichenden Vorschlag der Kommission verteidigen und darlegen, wie Sie das Ziel einer Minderung um 30 Prozent erreichen wollen, statt lediglich zu erläutern, warum eine Minderung um 20 Prozent auch schon ganz schön ambitioniert ist. Hätten Sie das getan, wäre das aktive Klimaschutzpolitik gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine zweite Bemerkung. Da ich mich in diesem Geschäft ein bisschen auskenne, sage ich Ihnen: Sie haben gegenwärtig nicht einmal die Senkung um 20 Prozent in der Tasche. Denn es gibt im Hinblick auf die 20 Prozent bisher keine Einigung der einzelnen Mitgliedstaaten. Ich prophezeie Ihnen: Um diese 20 Prozent werden Sie auf dem nächsten europäischen Gipfel noch kämpfen müssen. Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie eine Strategie haben, die deutlich macht, welchen Beitrag die einzelnen Mitgliedstaaten zur Erreichung dieses unzureichenden Ziels leisten können.

Meine dritte Bemerkung betrifft die erneuerbaren Energien. Ich höre mit großer Freude, dass Sie sagen: Wir sind stolz darauf, dass wir an der weltweiten **Wind-**

**stromerzeugung** einen Anteil von 60 Prozent haben. Ja, das freut uns alle. Aber ich frage Sie: Wie wäre Deutschlands Anteil, wenn nicht Herr Stoiber, wenn nicht Herr Oettinger und wenn nicht seit Neuestem auch Herr Rüttgers in den großen Flächenländern jeden Versuch eines vernünftigen, naturgerechten Ausbaus der Windenergie massiv blockieren würden? (C)

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

Unser Anteil würde nicht 60 Prozent, sondern vielleicht sogar 70 Prozent betragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr von Beust hat heute gesagt, bis zum Jahre 2020 könnten in Deutschland 35 Prozent des Stroms durch erneuerbare Energien erzeugt werden. Dazu sage ich: Ja, das geht. Aber das setzt voraus, dass Sie endlich mit Ihrer ideologisch bornierten Blockade aufhören.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen, was den Klimaschutz und die erneuerbaren Energien betrifft, endlich handeln und aufhören, nur Überschriften zu zitieren. Das ist das Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Steffen Reiche für die SPD-Fraktion ist der nächste Redner.

**Steffen Reiche (Cottbus) (SPD):**

(D)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu viele Probleme, als dass wir uns weniger Europa leisten könnten. Das ambitionierte Programm der deutschen Ratspräsidentschaft ist für uns Anspruch und eine Quelle von Zukunft für Europa. Europa gelingt gemeinsam.

Man hört zwar immer wieder: Diese Ratspräsidentschaft wird teuer. Aber das ist das große Geheimnis Europas: dass durch Teilen alle reicher werden. Es ist wahr: Deutschland gibt am meisten, und das wird auch so bleiben; denn wir haben auch die meisten und die größten Vorteile von dieser Europäischen Union. Wir sind Exportweltmeister nur durch die Europäische Union. Dem Erfolg verdanken wir, dass wir unsere Ziele wieder erreichen können.

Das wichtigste, das **Lissabonziel**, werden wir vielleicht 2009 erreichen. Eine Studie belegt, dass wir 2010, nach unseren Anstrengungen, wieder dynamischste und wettbewerbsfähigste Region der Welt werden können. Allerdings werden wir es auch deswegen, weil sich die anderen nicht so dynamisch entwickelt haben, wie das ursprünglich geplant war, bzw. weil sie schwächer geworden sind. Reformen sind also auch in Zukunft notwendig. Deshalb muss Deutschland gerade während der deutschen Ratspräsidentschaft Wachstums- und Reformmotor bleiben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse)

**Steffen Reiche (Cottbus)**

- (A) Viel Symbolik ist mit unserer Ratspräsidentschaft verbunden. Deshalb sind die Erwartungen an uns entsprechend hoch. Es versteht sich von selbst, dass wir einen Beitrag leisten werden, um Europa nach vorn zu bringen. Dabei kommt es zunehmend auch darauf an, den Menschen draußen deutlich zu machen, dass Europa in einer globalisierten Weltwirtschaft eigene Wertvorstellungen hat und die Globalisierung auch gestaltet. Wir müssen beweisen, dass ein wettbewerbsfähiges Europa auch ein soziales Europa ist,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

das den Menschen zu Bildung, Arbeit und Wohlstand verhilft.

In den letzten Jahren haben wir in Deutschland aufgrund der vereinbarten Lissabonstrategie viele Anstrengungen unternommen, um unsere Unternehmen, unsere Sozialsysteme, die öffentlichen Haushalte so aufzustellen, dass es zu einem Aufschwung kommen konnte. Ich gebe zu, dass viele der Vorgaben aus Brüssel nicht nur schwer verdaulich, sondern den Menschen draußen auch schwer vermittelbar waren. Aber wir haben die Wende geschafft. Ob uns das auch ohne Europa in der Weise gelungen wäre, darf wohl bezweifelt werden. Denn wenn wir uns einmal ansehen, wohin die meisten unserer Exporte gehen, sehen wir, welche wirtschaftliche Dynamik hinter dieser Gemeinschaft steckt.

- (B) Das erlebt jetzt zum Beispiel auch **Bulgarien**. 60 Prozent seiner Exporte und mehr als 50 Prozent seiner Importe wickelt es mit der EU ab. Massive Investitionen in Produktion und Anlagen haben zu einer hohen Wettbewerbsfähigkeit geführt, die die Arbeitslosenquote von 19,7 Prozent im Jahr 2001 auf ungefähr 8 Prozent in diesem Jahr fallen ließ. Selbst der Staatshaushalt ist ausgeglichen. Das bedeutet nicht, dass Bulgarien alle Kriterien schon voll erfüllt hätte. Es zeigt aber deutlich, welche Chancen in diesem Europa stecken. Es ist doch allemal besser, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, als auf billige Arbeitskräfte aus wirtschaftlich schwachen Ländern zu setzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden gemeinsam reicher, indem wir diesen Rechts- und Wirtschaftsraum miteinander teilen.

Herr Lafontaine hat vorhin eine **Volksabstimmung** über die **europäische Verfassung** angemahnt. Da, wo er selber die Möglichkeit hatte, das Volk abstimmen zu lassen, nämlich über die Einführung des Euros, hat er sie – aus guten Gründen – nicht gemacht. Denn wir hätten sonst heute nicht, was den Bürgern im EU-Raum dient und Wachstum schafft. Manchmal hat man fast den Eindruck, dass auch die Umkehrung des deutschen Sprichwortes „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand“ gilt, also: Wem Gott ein Amt nimmt, dem nimmt er auch, was er gegeben hat.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (C) Die Bundesregierung macht gerade kein Steuerrumpfungprogramm. Viele Steuervorteile, die Oskar Lafontaine gern gestrichen hätte, sind ja nicht während seiner Amtszeit gestrichen worden, sondern durch seine Nachfolger; das hat zu den großen Steuermehreinnahmen, die wir jetzt haben, beigetragen. Wir brauchen allerdings einen weiteren Schritt in Richtung der **Harmonisierung der Steuern** in Europa, also hin zu gemeinsamen Bemessungsgrundlagen, vor allen Dingen für die Unternehmensteuern. Das ist gewiss ein dickes Brett, aber die Ratspräsidentschaft muss auch an dieser Stelle bohren, selbst wenn der Erfolg erst später eintritt.

Die SPD will die Bundesregierung auch bei der **TAFTA** – das heißt der wirtschaftlichen Verflechtung mit Nordamerika – ausdrücklich unterstützen. Mit dem Erfolg von Doharunde und TAFTA wären wichtige und nachhaltige Impulse für Wachstum, Entbürokratisierung und Wohlstand verbunden. Das wäre ein Impuls für Wirtschaft und Wohlstand der 800 Millionen Verbraucher, die in diesem Wirtschaftsraum leben. Gemeinsam sind wir stärker. Denn keiner versteht, warum auf Dauer ein Auto, ein Pharmaprodukt oder eine Maschine erst für den europäischen Raum und dann noch einmal für den amerikanischen Raum getestet werden muss, bloß weil sich der Neigungswinkel für Crashtests bei Autos in den USA von dem in Europa unterscheidet.

- (D) Aber im Wettbewerb um Wohlstand – Gabor Steingart nennt es „Weltkrieg um Wohlstand“ – sind wir für die Verflechtung mit Nordamerika besser aufgestellt. Wenn wir im TAFTA-Raum gemeinsame Standards setzen, dann setzen wir uns auch im globalen Wettbewerb mit anderen Staaten und Kontinenten – ob Indien, China, Japan oder Lateinamerika – besser durch. Das wäre ein Gewinn an Nachhaltigkeit, Umweltstandards und auch sozialen Standards. So schaffen wir es zum einen, den Frieden zu erhalten, zum anderen aber auch, die Globalisierung zu gestalten. Das sind die beiden zentralen Aufgaben der Europäischen Union.

Ich möchte gegenüber der Bundesregierung eine Bitte äußern bzw. einen Vorschlag machen. **50 Jahre EU** und **50 Jahre Frieden** müssen gefeiert werden. Wir kennen das alle von Feiern zum 50. Geburtstag: Viele kommen gerade zu diesem Geburtstag, weil ein Mensch mit 50 viel hinter sich, aber auch noch viel vor sich hat.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Lasst uns über den 50. Geburtstag besser nicht reden!)

Laden Sie die Staatschefs nicht nur nach Berlin zum Feiern ein! Vielmehr sollte dieser Jahrestag überall in Europa gefeiert werden. Denn wer Europa nicht feiert, kann es auch nicht leben. Europa ist nichts Selbstverständliches. Es ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ein hart erkämpftes Wunder.

Wer am 25. März nicht feiert, kommt vielleicht lange nicht mehr zum Feiern, auch wegen der Verfassungskrise, in die wir vielleicht hineingeraten. Wer aber jetzt Europa feiert, ist bereit, mehr für Europa zu tun, ja, für Europa auch etwas zu riskieren. Wer Europa gestalten will, muss wacher sein und tiefer träumen als andere.

**Steffen Reiche (Cottbus)**

- (A) Es liegt ein ambitioniertes Programm vor, das wichtige Schritte auf einem langen und weiten Weg bedeutet. Was Guy Verhofstadt in seinem „Manifest für ein neues Europa“ festgestellt hat, muss, denke ich, auch Teil der Agenda der Europäischen Union bleiben. Insofern wünschen wir der Bundesregierung sowohl für Brüssel als auch für Berlin alles Gute und viel Fortune.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollege Hans Peter Thul, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Hans Peter Thul (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine erste Rede vor diesem Hohen Haus habe ich der Anonymität des Protokolls übergeben, und da es aus biologischen Gründen keine zwei Jungferreden geben kann, erwarte ich in den nächsten Minuten keine besondere Schonung bei den möglicherweise unterschiedlichen An- und Einsichten zu den Themen Klima und Energie.

Eine bedarfsgerechte, verlässliche, Umwelt und Ressourcen schonende Energieversorgung ist eine der wichtigsten infrastrukturellen Voraussetzungen für die gedeihliche Entwicklung einer modernen Industrienation wie unser Land. Deshalb verdient unsere Bundeskanzlerin – wo auch immer sie sich aufhalten wird – die volle Unterstützung dieses Hauses in allen damit verbundenen Fragen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Global und weltweit!)

– Ihre Ergänzung ist sehr richtig.

Die Regierung Merkel setzt mutige Zeichen. Vielleicht liegt das auch daran, dass wir zum ersten Mal eine Bundeskanzlerin haben, die über einen hervorragenden technisch-physikalischen Hintergrund verfügt. Das war ja bekanntlich nicht immer so. Klimaschutznotwendigkeiten machen natürlich nicht an Ländergrenzen halt. Sie erfordern nicht nur einen europäischen, sondern möglicherweise auch einen globalen Lösungsansatz.

Die deutschen Energieversorger nehmen zu Recht seit Jahren eine internationale Spitzenstellung ein. Sie waren somit eine Voraussetzung für die gute und beispielhafte Entwicklung unseres Landes im letzten Jahrhundert. Politik verlangt Taten. Frau Bundeskanzlerin, vielleicht könnten wir unsere Botschaften weltweit mit additiven, alternativen oder regenerativen Versorgungssystemen ausstatten. Das wäre wieder einmal ein Punkt, an dem wir die Vorreiterrolle Deutschlands am wirkungsvollsten unterstreichen könnten.

Für mich steht zu Beginn jeder Energiedebatte zuerst die Überlegung, wie wir den **Energieeinsatz** verringern oder sogar vermeiden können. Ich bin mir sehr sicher, dass wir in dem Bemühen, Wirkungsgrade zu steigern, noch gewaltige Fortschritte generieren können. Immer

mehr Anwendungen mit Energie, aber immer weniger Energie pro Anwendung, das müsste das Leitmotiv in den nächsten Jahren sein. Nicht die reine Leistungsfähigkeit, sondern die Entkopplung des Bruttoinlandsproduktes von einer CO<sub>2</sub>-freien Energieversorgung müsste meiner Ansicht nach Maßstab für die Volkswirtschaft sein; das wäre in Zukunft wichtig.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bevor wir allerdings alle Glühlampen in die Mülltonne werfen, sollten wir sehr kritisch auf unsere Bauphysik schauen und sehr kritisch unsere Fensterverglasungen in Augenschein nehmen und darüber nachdenken, ob wir noch auf die richtige Weise unsere Räume beheizen und unser Warmwasser bereiten. Ich bin zwar der Meinung, dass wir in Zukunft mehr in die **Kraft-Wärme-Kopplung** investieren müssen. Aber überall dort, wo Wärme- und Elektrizitätsbedarf zeitlich nicht zusammenfallen, betreiben Sie Ihr schönes Kraft-Wärme-Kopplungswerk im Schornsteinbetrieb ohne jeden ökologischen und ökonomischen Vorteil.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vor dem Hintergrund der weltweit steigenden Energienachfrage bin ich mir sehr sicher, dass die nachfolgenden Generationen gar nicht mehr die Frage stellen müssen, auf welche Art der Energieversorgung sie zurückgreifen. Sie werden all das nehmen, was noch verfügbar ist. – Herr Kelber, wenn ich es richtig sehe, drängt es Sie zu einer Zwischenfrage.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein!)

Ich rege an, die **Clean-Coal-Technologie** weiter zu erforschen; denn mit dieser Technologie wäre es möglich, die Braunkohlewerke in den neuen Bundesländern zukunftsfähig zu gestalten. Wir hätten dann neben der friedlichen Nutzung der Urantechnologie eine saubere Technologie für unsere Braunkohle.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir aber den Stellenwert und die Akzeptanz der additiven und der regenerativen Energien weiter befördern wollen, müssen wir nach meiner Überzeugung mehr in unsere **Verteilungsnetze** und möglicherweise mehr in sogenannte **Speichersysteme** investieren; denn seit wir gelernt haben, dass wir vom Emsland aus den Strom und das Licht bis nach Sizilien ausschalten können, wissen wir, dass die Störungsquellen in aller Regel in den Netzen und weniger auf der Erzeugungsebene zu suchen sind. Bei der Speichertechnologie machen wir im Grunde genommen nichts anderes, als Wasser zu erwärmen. Da diese Technologie 2 000 Jahre alt ist, lohnt es sich, darüber nachzudenken, wie wir hier besser vorankommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die meisten der angesprochenen Themen sind – Sie haben es gemerkt – Aufgabenstellungen für Techniker und Ingenieure und eben nicht für Ideologen geeignet. Insofern waren die Reden von Frau Künast und Herrn Trittin in der Sache wenig hilfreich. Ich wäre froh, wenn wir uns darauf verständigen könnten, etwas mehr technischen und physikalischen Sachverstand in die Debatte einzubringen. Dann kommen wir voran und dann wird



Hans Peter Thul

- (A) Deutschland in Zukunft wieder eine gute Energiepolitik machen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Lieber Kollege Thul, dies war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Herzliche Gratulation und alle guten Wünsche für Ihre Arbeit im deutschen Parlament.

(Beifall)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu einer Reihe von Abstimmungen. Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/4442 zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 8./9. März 2007. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 4 b: Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 16/4428 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 16/4453. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung, in Kenntnis des EU-Präsidenschaftsprogramms der Bundesregierung auf Drucksache 16/3680 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 16/3808 mit dem Titel „Die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen“ anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und des Bündnisses 90/Die Grünen angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss, in Kenntnis des EU-Präsidenschaftsprogramms den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/3832 mit dem Titel „Mehr Ehrgeiz für die deutsche Ratspräsidentschaft – eine EU der Erfolge für die Bürger“ abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der SPD und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Grünen angenommen.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung, in Kenntnis des EU-Präsidenschaftsprogramms den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/3796 zu der Abgabe

einer Erklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 14./15. Dezember 2006 in Brüssel und zur bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen. (C)

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Nr. 4 seiner Beschlussempfehlung, in Kenntnis des EU-Präsidenschaftsprogramms den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/3327 mit dem Titel „Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Ratspräsidentschaft für eine zukunftsfähige EU nutzen“ abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen angenommen.

Wir kommen zum Zusatzpunkt 3: Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 16/4448 zu dem Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Berliner Erklärung – Werte und Aufgaben der EU im 21. Jahrhundert“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/4171 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der SPD und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen bei Enthaltung der FDP angenommen. (D)

– Drucksache 16/4182 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)  
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Ausschuss für Tourismus  
Haushaltsausschuss

ZP 5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Reinhard Loske, Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen**

– Drucksache 16/4429 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Haushaltsausschuss